

Nr. 321 Nr. 1/2012 Preis: Euro 4,50

ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

# Bäuerliche Zukunft



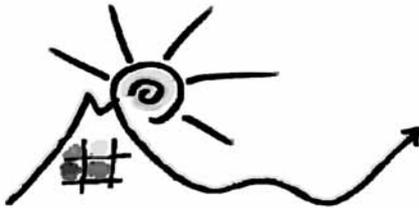
## ZUGANG ZU RESSOURCEN



Zeitdieb Bürokratie

Zugang zu Trinkwasser – eine Frage der Politik?

Gewohnheitsrecht, Privatbesitz oder Common?



**Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:**  
**ÖBV-Via Campesina Austria**, Schwarzspanierstraße  
 15/3/1, 1090 Wien

**Telefon:** 01/89 29 400, Fax 01/581 1327-18

**E-Mail:** baeuerliche.zukunft@chello.at

**Homepage:** www.viacampesina.at

**Redaktion:** Monika Gruber, DI Irmi Salzer,  
 Eva Schinnerl

**Gestaltung & Layout:** Eva Geber

**Zeichnungen:** MUCH Unterleitner



**Titelfoto:** Eva Schinnerl

**Druck:** Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großesbisdorf

**Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria**

(ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer\_innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, Monika Kleinschuster, Ludwig Rumetshofer, Florian Walter

**Geschäftsleitung:** DI Karin Okonkwo-Klampfer

**Sekretariat:** Daniela Wiebogen

**Grundlegende Richtung:** Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.

Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.

Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber wieder.

**Einzelpreis:** Euro 4,50

**Jahresabonnement:** INLAND Euro 25,-  
 AUSLAND Euro 29,-

**Bankverbindung:** ERSTE Bank, BLZ 20 111,  
 Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529  
 BIC GIBAATWW

**ÖBV-Mitgliedsbeitrag:**

**Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern):**

Euro 32,- + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.

**Unterstützende Mitglieder:** Mindestbeitrag Euro 32,-. Euro 3,- aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonnement von BÄUERLICHE ZUKUNFT.

**Kontaktbüro in Brüssel:** Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel  
 Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509  
 E-Mail: office@eurovia.org;www.eurovia.org

ISSN 1019-5130

35. JAHRGANG (2012)

## Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Eiseskälte über Wochen und enorme Schneemengen prägen in diesen Wintermonaten das Alltagsleben: Dörfer und Höfe, die von der Umwelt abgeschnitten sind, Lawinen, Strom- und Heizungsausfall, gesperrte Straßen, eingefrorene Wasserleitungen, zugefrorene Abwasserkanäle, aufgefrorene Wasserleitungen in Wohnhäusern und Stallungen, gefrierendes Löschwasser beim Feuerwehreinsatz, fehlendes Heizmaterial, Unfälle, Obdachlosigkeit, erfrorene Menschen.

Wie schnell viel Schnee oder lange Kälteperioden den Zugang zu Ressourcen wie Wasser, Lebensmittel, Heizmaterial, medizinischer Versorgung, Strom, Straße, Schule, Wohnung und Bauernhof beeinträchtigen können! Doch neben den herrschenden Witterungsverhältnissen erschweren strukturelle Hindernisse und Hürden – nicht nur im Winter – den Zugang zu den Ressourcen, dem wir uns in dieser Ausgabe der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ im Schwerpunkt widmen.

Das Thema der nächsten Ausgabe wird „Landwirtschaft und Religion“ sein. Ihre Beiträge erwarten wir bis zum Redaktionsschluss am 15. März 2012.

Mit warmen Pullovern und Socken den winterlichen Widrigkeiten trotzend grüßen euch aus der Redaktion



*Eva, Irmi und Monika*



Das Engerl ist überglücklich über den neuen Vorstand der ÖBV. Eine derart ausgewogene Bundesländerverteilung ist uns bisher noch nie (oder – für alte ÖBV-HasInnen: schon ewig nicht mehr?) gelungen. Dass da ein frischer Wind aus südlichen Widerstandsgeländen oder westlichen Bergbiotopen weht, ist schon nach wenigen Tagen zu bemerken. Nur weiter so, Frauen und Mander (apropos, Geschlechterparität ist natürlich auch gegeben – aber das ist nichts Neues)! Das Engerl dankt aber auch allen Nicht-mehr-VorständInnen und hofft, dass sie sich weiterhin intensiv in der ÖBV engagieren. Dankeschön für eure langjährige und wertvolle Arbeit!

Das Teuferl geht an so viele, dass hier zu wenig Platz ist. Angefangen vom Mini-



ster, der zum wiederholten Male die kritischen WissenschaftlerInnen der Bundesanstalt für Bergbauernfragen mundtot machen möchte, über den oberösterreichischen Agrarlandesrat und seine Kämmerer, die den BäuerInnen den Antragschluss für die Investitionsförderung einen Tag vorher in die Zeitung schreiben bis zur Landwirtschaftskammer in ganz Österreich, deren Funktionäre nicht müde werden, laut zu schreien, dass mit dem neuen GAP-Vorschlag Österreich seinen Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers nicht mehr leisten könne (wegen der 7 % Ökologische Vorrangflächen, für alle, die das Wehklagen noch immer nicht vernommen haben). Ärgerlich, befremdlich, katastrophal – und einer peinlicher als der andere.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.



lebensministerium.at

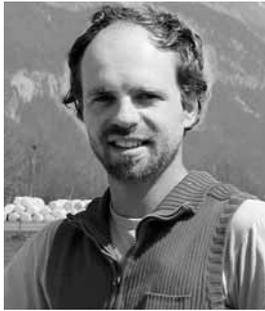
## KOMMENTAR

VON MICHAEL KERSCHBAUMER UND FLORIAN WALTER



## ZUGANG ZU RESSOURCEN – ODER: WER SUCHET DER FINDET!

Vor einem Jahr habe ich meinen Autoschlüssel verloren. Habe gesucht – nicht gefunden, mich geärgert und muss mir seither wahnwitzige Seitenhiebe von meiner Freundin anhören. Et-



was zuvor hat ein Genetiklabor in Wien sämtliche Genomdaten der seltenen Haustierrasse „Turopolje-Schwein“ verloren. Nun nimmt man an, dass auch diese Firma eifrig gesucht haben wird. Was man weiß ist, dass die Daten dort nicht wieder gefunden wurden und eine Mitarbeiterin gekündigt wurde. Im Gegensatz zu meinem Auto haben Schweine zum Glück kiloweise Genmaterial und die Daten konnten wieder gesichert werden. Doch – hatte da noch jemand anderer Glück?

Genetikkonzerne wie Monsanto arbeiten eifrig daran an Genomdaten von Lebewesen zu kommen, um nicht nur Gene sondern auch Tiere und selbst Zuchtmethoden und Zuchtherden zu patentieren. Und da das Schnitzelgeschäft ein Milliardenbusiness ist, könnte man meinen, dass auch Daten alter Rassen von Interesse sein könnten. Dazu ein Beispiel: In Neuseeland gibt es kaum noch Schafe, deren Parasiten nicht gegen Wurmmittel resistent sind. Die Züchter arbeiten so wie hierzulande in Richtung Fleischausbeute, anstatt z. B. die Gesundheit in den Vordergrund zu stellen. Jetzt geht man in die Türkei und sucht sich resistente Schafe, um sie einzukreuzen, denn seit Jahrhunderten wurden dort Schafe auf Parasitenresistenz gezüchtet. Gedankt wird es den Hirten, wie bei uns,

mit immer schwerer werdenden Lebensbedingungen.

Es wird nicht mehr lange dauern, bis weltumspannende Firmen das Parasitenresistenz-Gen isoliert und identifiziert haben werden. Einer Anmeldung als Patent beim Europäischen Patentamt in München steht dann freilich nichts mehr im Wege.

Die HirtInnen und ZüchterInnen von lokalen Rassen werden sich wundern, wenn ihnen auf einmal ein Anwaltsbrief ins Haus flattert:

*Über die verpflichtend eingeführten Gewebehormone (DNA-Probe) konnte einwandfrei festgestellt werden, dass ZüchterInnen von Lokalrassen unerlaubterweise Tiere züchten, auf deren Gene Patente angemeldet wurden. Der Verstoß gegen das Patentgesetz wird mit einer einmaligen Bußzahlung belegt, und jährliche Abgabenleistungen werden festgesetzt.*

So einfach geht das. Schöne neue Welt!

*Michael Kerschbaumer und Florian Walter arbeiten gemeinsam am Forum der kritischen TierhalterInnen. Jeder von ihnen bewirtschaftet einen Bio-Bergbauernhof mit haufenweise Genmaterial. Beide sind nun im neuen Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria! Kontakt: forum@kritische-tierhalter.at*

## INHALTSVERZEICHNIS

Lisa Sterzinger	
ZUGANG ZU TRINKWASSER – EINE FRAGE DER POLITIK?	4
Georg Janßen	
WIR ORGANISIEREN DEN WIDERSTAND UND BRAUCHEN EINEN LANGEN ATEM!	6
Iris F.	
FRISCHE FRÜCHTCHEN IN WIEN	8
Karl Erlach	
ZUGANG ZU DEN MÄRKTEN	10
Monika Gruber	
ZEITDIEB BÜROKRATIE	11
Ingrid Machold	
SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE INFRASTRUKTUR – EINE SCHWINDENDE RESSOURCE?	12
Magdalena Heuwieser	
ZUGANG ZU LAND IN EINER GLOBALISIERTEN LANDWIRTSCHAFT	14
Irmi Salzer	
GEWOHNHEITSRECHT, PRIVATBESITZ ODER COMMON?	17



LESERINNENBRIEF	19
KURZ & BÜNDIG/BÄUERINNEN-BLOCK	20
Thomas Gröbly	
WEN MACHT DER AGRARFREIHANDL FREI? TEIL 2	21
Andrea Heistingering und Evelyn Klein	
DAMIT ES WIEDER WEITER GEHT	
Hofübergabe außerhalb der Familie – Teil 3	23
Michael Kerschbaumer	
ROHKOST	24
ÖBV-Info/Veranstaltungen	25
Monika Gruber	
GLOSSE	26
AKTIONSTAGE FÜR SAATGUT-SOUVERÄNITÄT/KONTAKTADRESSEN	27
ÖBV-Info/Veranstaltungen	28

# ZUGANG ZU TRINKWASSER – EINE FRAGE DER POLITIK?

Gefragt nach dem Zugang zu Trinkwasser, könnte ein/e gelernte/r Österreicher/in vielleicht antworten: „Wozu einen Zugang – das Wasser kommt zu mir – ich dreh ´ den Wasserhahn auf, und schon fließt es.“ Paradiesische Zustände, die für die BewohnerInnen eines trockenen Landes z. B. in Afrika kaum vorstellbar sind. Wer hat nicht schon mal auf Reisen vom Wiener Wasser geschwärmt, die Errungenschaft der Wiener Hochquellwasserleitung gepriesen oder das Bild vom „Wasserschloss“ Österreich zitiert.

VON LISA STERZINGER



**O**bwohl Österreich durch seinen Wasserreichtum gegenüber anderen Ländern privilegiert ist, kommt es auch in unserem Land zunehmend zu Konflikten zwischen den Nutzungsinteressen der Intensivlandwirtschaft, der Energiewirtschaft und den Schutzinteressen von Grundwasser und ökologisch sensiblen Gewässern als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Die zunehmende Obdachlosigkeit in den Städten bedeutet eine wachsende Anzahl von Menschen, die den Zugang zu sanitärer Versorgung verloren haben. Im Juni 2010 wurde nach langjähriger Vorbereitung der österreichische Gewässerbewirtschaftungsplan unterzeichnet. Menschenrechtliche Probleme der Wasser- und Sanitärversorgung werden darin nicht thematisiert.

Im September 2010 wurde vom UN Menschenrechtsrat die Resolution zur Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Versorgung beschlossen. Seit Mai 2011 ist Österreich als Mitglied des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen aufgerufen, eine für die Umsetzung des Rechts auf Wasser förderliche internationale Politik mitzugestalten.

## Trinkwasser und sanitäre Versorgung weltweit

Trotz Investitionen und technischer Lösungsmöglichkeiten bleiben nach wie vor SlumbewohnerInnen und die arme Landbevölkerung besonders in Subsahara-Afrika und Südasien von Wasser- und Sanitärversorgung ausgeschlossen. Besonders betrifft dieser Mangel Frauen und Kinder. Sie

müssen viel Zeit für die Beschaffung von Wasser aufwenden, die ihnen für Ausbildung bzw. Erwirtschaftung von Einkommen fehlt.

In den Armenvierteln der Städte treiben WasserhändlerInnen die Preise in die Höhe. So kommt es, dass z. B. BewohnerInnen von Elendsvierteln in Nairobi 5 – 10 Mal so viel für einen Liter Wasser zahlen wie Reiche, die in derselben Stadt leben.

884 Millionen Menschen haben gegenwärtig keinen Zugang zu Trinkwasser, 2,5 Milliarden Menschen sind von grundlegender sanitärer Versorgung ausgeschlossen. Die Zahl der Menschen, die keine sanitäre Basisversorgung haben, könnte bis 2015 sogar auf 2,7 Milliarden steigen, wenn sich gegenwärtige Trends fortsetzen:

„Jeder Dollar, der in Wasser und Sanitärversorgung investiert werde, ist gleichbedeutend mit acht USD an vermiedenen Kosten im Gesundheitsbereich oder durch verlorene Schul- und Arbeitstage“, heißt es in einer Broschüre der UN-Sonderberichterstatteerin für das Recht auf Wasser und sanitäre Versorgung, Catharina Albuquerque.

Fehlende Investitionen von Staaten in den Wasser- und Sanitärbereich ziehen also weit höhere Folgekosten nach sich.

Der Anfang 2008 erschienene Weltagrarbericht kommt zum Ergebnis, dass weltweit genügend Wasser vorhanden ist, um Lebensmittel für eine wachsende und anspruchsvollere Weltbevölkerung zu produzieren. Werden aber die heutigen Formen der Wasserbewirtschaftung fortgesetzt, wird es in vielen Regionen der Erde zu akuten Wasserkrisen kommen. Vor allem ist es notwendig, die Nutzung von Wasser in den natürlichen Wasserkreislauf zu integrieren, z. B. durch die Schaffung von Infrastruktur zum Sammeln von Regenwasser. Außerdem ist ein Wassermanagement erforderlich, das alle NutzerInnen eines Wassereinzugsgebietes berücksichtigt.

Der wachsende Energiebedarf und die zunehmende Erdölknappheit haben in den letzten zwei Jahrzehnten dazu geführt, dass Erdöl auch in ökologisch sensiblen und schwer zugänglichen Meeres- und Regenwaldregionen abgebaut wird. Für die Produktion von wasserintensiven Agrotreibstoffpflanzen werden tropische Wälder abgeholzt und aufgrund der ökologischen Folgen längst überholte Großstaudammprojekte wieder aus den Schubladen geholt. Die lokale

Bevölkerung ist in vielen Fällen von Vertreibung und Verlust ihres Zugangs zu Wasser bedroht oder betroffen.

Krisen- und Katastrophenfälle, wie die Ölpest im Golf von Mexiko infolge des Unfalls auf der Bohrinsel Deep Water Horizon im Frühjahr 2010 oder die Atomkatastrophe von Fukushima in Japan, vernichten oder bedrohen die natürlichen Lebensgrundlagen von Millionen Menschen und ihrer Nachkommen.

### Das Recht auf Wasser und die Pflichten von Staaten

Für das Menschenrecht auf Wasser finden sich bereits im Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wichtige Bestimmungen. Erst im Jahr 2002 wurde vom UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte (UN-WSK-Komitee) der Allgemeine Rechtskommentar Nr. 15 verabschiedet, mit dem das Recht auf Wasser als Bestandteil des Rechts auf Nahrung sowie des Rechts auf Gesundheit näher definiert wird.

Schon der UNDP Bericht 2006 empfiehlt die Stärkung der Rechte der Armen. Durch nationale Strategien und eine geeignete Gesetzgebung sollen Regierungen dafür sorgen, dass jeder Mensch mindestens 20 Liter sauberes Wasser pro Tag bekommt, kostenfrei für diejenigen, die es sich nicht leisten können. Dieser Minimalstandard wurde von der WHO und von UNICEF definiert als jene Wassermenge, die nötig ist, um den täglichen Trink-, Koch-, und Hygienebedarf einer Person gerade noch ohne Gesundheitsgefährdung zu befriedigen.

Wie für alle Menschenrechte gilt auch für das Recht auf Wasser, dass Staaten verpflichtet sind, dieses Recht zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten (sogen. Pflichtentrias).

Die Respektierungspflicht von Regierungen bedeutet z. B., dass traditionelle Wasserquellen – etwa von indigenen Völkern – respektiert und aufrechterhalten werden müssen.

Die Schutzpflicht beinhaltet unter anderem, dass bei Privatisierungen der Wasserversorgung das Wasser für arme Haushalte leistbar

bleiben muss. Durch Preisregelungen oder Subventionierung muss die Regierung dafür sorgen. Auch die Übernutzung von Wasserressourcen durch Intensivlandwirtschaft

muss durch geeignete Gesetze verhindert werden. Techniken mit einem hohen Vernichtungspotential, wie die Atomenergie oder der Bergbau unter Einsatz von hochgiftigen Chemikalien, sollten aus menschenrechtlicher Sicht nicht zum Einsatz kommen.

Die Gewährleistungspflicht von Regierungen betrifft z. B. den Bau und die Pflege geeigneter Infrastruktur. Durch öffentliche Brunnen, Wasserleitungen, Wasserwagen, öffentliche Toiletten und Duschen/Bäder muss eine ausreichende Wasser- und Sanitärversorgung ermöglicht werden, insbesondere für verletzte Gruppen. Dazu gehört auch, den bewussten Umgang mit Wasser durch Informations- und Bildungsarbeit, Datenaufbereitung und Aufklärung über Wasserqualität zu fördern.

Auf internationaler Ebene sind die Vertragsstaaten nach Artikel 2 des IPWSKR verpflichtet, sich durch internationale Hilfe und Zusammenarbeit, insbesondere wirtschaftlicher und technischer Art, gegenseitig bei der vollen Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser und sanitäre Versorgung zu unterstützen. Neben der humanitären Hilfeleistung bedeutet das auch, die Rechte der Menschen in anderen Ländern z. B. durch grenzüberschreitende Wasserschutzprojekte zu respektieren. Firmen, die ihren Sitz in einem Vertragsstaat haben, sollten in diesem gerichtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn durch ihre Projekte das Recht auf Wasser und sanitäre Versorgung von Menschen in anderen Ländern verletzt zu werden droht oder verletzt wird.

Mit dem Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Versorgung wurde eine Lücke im in-



Foto: Archiv World Vision

ternationalen Recht geschlossen. Aus den dazugehörigen staatlichen Verpflichtungen ergibt sich ein umfassendes Arbeitsprogramm für Regierungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, die ihnen auf die Finger schauen und damit zur Umsetzung beitragen.

*Mag. Lisa Sterzinger,  
Obfrau von FIAN Österreich*

Der Artikel ist eine gekürzte Version des Positionspapiers der Task Group Recht auf Nahrung, welches im Oktober an alle ParlamentarierInnen und weitere politische EntscheidungsträgerInnen verschickt wurde.

Quellen:

Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte

[http://www.amnesty.at/informiert\\_sein/menschenrechte/internationaler\\_pakt\\_ueber\\_wirtschaftliche\\_soziale\\_und\\_kulturelle\\_rechte](http://www.amnesty.at/informiert_sein/menschenrechte/internationaler_pakt_ueber_wirtschaftliche_soziale_und_kulturelle_rechte)

Allgemeiner Rechtskommentar Nr. 15 zum Menschenrecht auf Wasser

<http://www.unhcr.ch/tbs/doc.nsf/0/a5458d1d1bbd713fc1256cc400389e94?Opendocument>

FAO Freiwillige Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung  
<ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/meeting/009/y9825e/y9825e01.pdf>

Human Development Report 2006

[http://hdr.undp.org/en/media/HDR\\_2006\\_DE\\_Contents.pdf](http://hdr.undp.org/en/media/HDR_2006_DE_Contents.pdf)

Der Weltagrарbericht der Weltbank und der VN, erschienen 2008

(International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development – IAASTD)

<http://www.weltagrарbericht.de>

Sonderberichterstattung zum Recht auf Wasser und sanitäre Versorgung:

<http://www.ohchr.org/EN/Issues/WaterAndSanitation/SRWaater/Pages/SRWaaterIndex.aspx>

# WIR ORGANISIEREN DEN WIDERSTAND UND BRAUCHEN EINEN LANGEN ATEM!

**Der Kampf für das Recht auf Nachbau von Saatgut in Deutschland. Saatgutkonzerne wollen EuGH-Urteile schleifen, um einfacher abzukassieren. Drohen auch in Österreich Nachbaugebühren?**

VON GEORG JANSSEN



**B**äuerinnen und Bauern in Europa: Aufgepasst! Nachbau, das jahrhundertalte Recht der Bauern und Bäuerinnen, einen Teil der Ernte aufzubewahren, um diesen im folgenden Jahr auszusäen, soll beseitigt werden. Erneut versuchen die Züchter, die Nachbauregelung beim Saatgut zu ihren Gunsten zu gestalten und für die Bauern zu verschärfen. Dank des entschlossenen Widerstands der IG Nachbau und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Deutschland haben sie nämlich in den vergangenen Jahren Niederlagen einstecken müssen.

## Wie hat alles angefangen?

Die Interessensgemeinschaft gegen Nachbaugebühren haben 15 Bauern am Rande der AbL-Bundesversammlung 1998 gegründet. Diese Bauern weigerten sich

damals, einer von den Saatgutfirmen eingesetzten Treuhandgesellschaft Auskunft darüber zu erteilen, was sie auf ihren Äckern anbauten, ob und mit welchem Saatgut sie Nachbau betrieben. Die Saatgutfirmen verklagten sie und bekamen vor den unteren Instanzen Recht. Die Bauern gaben jedoch nicht auf, gründeten die IG Nachbau und zogen die Verfahren bis vor das höchste Europäische Gericht, den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg (EuGH). Über 1.000 Gerichtsverfahren haben die Pflanzenzüchter gegen uns geführt, aber das höchste deutsche Gericht, der Bundesgerichtshof in Karlsruhe, gab uns in neun Verfahren sowie der EuGH in vier Verfahren in wesentlichen Punkten Recht.

Was wir erreicht haben: Die Bauern müssen den Pflanzenzüchtern nicht pauschal Auskunft über ihren Anbau geben,

nur wenn sich diese Anfragen auf die Sorten der Saatgutfirmen selbst beziehen. Die Nachbaugebühren müssen auf höchstens 50 Prozent der Lizenzgebühren gesenkt werden. Auch die Aufbereiter, also Genossenschaften, die sich um Reinigung und Trocknung des Saatguts kümmern, sind nicht verpflichtet, pauschal die Adressen und Sorten ihrer bäuerlichen Kunden preiszugeben. Die Saatgutfirmen versuchen nämlich auch, die Bauern über die Aufbereiter auszuspionieren.

Diese Erfolge sind nur möglich mit Glück und Mut, vielen unterstützenden MitstreiterInnen und guten RechtsanwältInnen, die für die Bauern kämpfen. Die IG Nachbau zählt mittlerweile tausend Mitglieder, über 40.000 Bauern und Bäuerinnen verweigern in Deutschland die Auskunft.

## Was haben die Züchter vor, und was steht uns mit der Neuordnung des EU-Sortenschutzes ins Haus?

Nachdem sie in den letzten Jahren auf politischer und rechtlicher Ebene mit ihren Plänen nicht durchgekommen sind, wird jetzt hinter verschlossenen Türen in Brüssel eine Gesetzesänderung beim EU-Sortenschutzrecht ausgedeutet mit dem Ziel, die Nachbauregelung „effektiver, einfacher und gerechter“ zu gestalten. Übersetzt heißt das, dass die Züchter einfacher an die Nachbaugebühren und an das Geld der Bauern kommen wollen. Die Brüsseler Türen sind auch nicht ganz geschlossen, denn – so eine EU-Kommissionsvertreterin gegenüber einer Delegation der IG Nachbau – es sitzen Vertreter der Europäischen Bauernverbände (COPA) und der Europäischen Genossenschaften (COGECA) wieder mit am Tisch. Das hatten wir in den 1990er Jahren bei der Reform des EU-Sortenschutzgesetzes schon einmal. Auch damals haben sich der Bund der Deutschen Pflanzenzüchter und der Deut-

sche Bauernverband auf höchster Ebene verständigt, wie man das Nachbaurecht der Bauern beschneiden und jedes Jahr abkassieren kann. Sie hatten die Rechnung ohne die IG Nachbau und ohne die AbL gemacht. Seitdem haben wir für das Recht auf Nachbau gekämpft, sowohl politisch als auch auf dem rechtlichen Wege.

### Die Züchter fordern derzeit:

- allgemeine Auskunftspflicht für Landwirte und Saatgut-Aufbereiter;
- Unterstützung durch öffentliche Stellen, z. B. Streichung der EU-Förderung bei Auskunftsverweigerung;
- Aufbereitung des Saatguts nur zulässig bei Sortenkenntnis bzw. Musterziehung;
- Zahlungspflicht für Kleinlandwirte (sie waren bisher von Nachbaugebühren ausgenommen);
- Einschränkung der nachbaufähigen Arten;
- mengen- und flächenmäßige Begrenzung des Nachbaus;
- volle Lizenzgebühr für Nachbau.

All die Errungenschaften der IG Nachbau – erkämpft durch Urteile vor dem Europäischen Gerichtshof und dem Bundesgerichtshof – sollen durch ein neues, europaweit wirksames Gesetz geschliffen werden. Es soll darin keine national unterschiedliche Umsetzung und keine Schlupflöcher mehr geben. Wenn das durchgeht, drohen Nachbaugebühren auch in Ländern, wo es diese bisher nicht gab, wie in Österreich. Dahinter stecken die großen Konzerne wie Monsanto und Co, die bei den Plänen zur Reform in einer Arbeitsgruppe der Europäischen Züchterverbände kräftig mitmischen. Bei einer Konferenz in Brüssel im Oktober 2011 wurde von den Ergebnissen dieser Arbeitsgruppe berichtet. Zu unserem Erstaußen ignoriert sie die von uns erstrittenen Gerichtsurteile.



Foto: Anna Korzensky

In einem aktuellen Bericht des Gemeinschaftlichen Sortenamtes in Brüssel an die EU-Kommission finden sich die Vorschläge der Saatgutfirmen wieder. Darin wird z. B. Handlungsbedarf zur Verbesserung der Auskunftspflicht über Nachbau betont. Die Bauernverbände COPA und COGECA haben dabei mitgemacht.

Die IG Nachbau ist im Oktober mit einer zehnköpfigen Delegation nach Brüssel gefahren, hat in Gesprächen mit EU-Abgeordneten diese „wachgeküsst“, denn sie haben bislang nichts von den konkreten Änderungsplänen mitbekommen. Wir haben sie aufgefordert, an die EU-Kommission Anfragen zu stellen, wie die Nachbauregelung in den EU-Ländern derzeit gehandhabt wird, welche Pläne die EU-Kommission hat, wie hoch die Einnahmen durch Nachgebühren sind und vor allem, wofür sie verwendet werden. In einem Gespräch mit Frau Mannerkorpi, der zuständigen Beamtin der EU-Kommission für das EU-Sortenschutzrecht, wurde deutlich, dass dort die Züchterargumente für einen einfachen Gebühreneinzug schon auf offene Ohren gestoßen sind. Wir haben dagegen klar gemacht, dass wir politisch und rechtlich mit allen unseren Mitteln für das Recht auf freien Nachbau kämpfen werden. Wir haben erklärt, warum Saatgutzüchtung eine Aufgabe der Gesellschaft ist und deshalb ein Fonds eingerichtet werden sollte, in den der Staat, die Züchter, Bauern und der Handel einzah-

len. Es soll in einem aus diesen Interessengruppen paritätisch zusammengesetzten Gremium demokratisch entschieden werden, für welche Züchtungsprojekte Geld ausgegeben wird.

Ich hatte auf dem Internationalen Saatgut-Treffen von Via Campesina Europa und Uiterre am 20. und 21. Oktober 2011 in Genf die Gelegenheit, den Bauern-Delegationen von der Auseinandersetzung in Deutschland zu berichten. Wir waren uns in der Diskussion einig, dass die Erfahrungen aus Deutschland wichtig für andere Länder sind und dass wir gemeinsam auf europäischer Ebene für das Recht auf Nachbau durch Informationsaustausch und gemeinsame Aktionen streiten müssen. Die Bauern-Sprecher der IG Nachbau sind auch bereit, zu Veranstaltungen zu kommen, um über unsere Erfahrungen in Deutschland zu berichten. Der Kampf geht weiter: für das Recht auf freien Nachbau, für eine gentechnikfreie Landwirtschaft und gegen Patente auf Pflanzen und Tiere.

*Georg Janßen, Geschäftsführer der IG Nachbau  
und der AbL in Deutschland  
c/o AbL-Büro, Heiligengeiststr. 28,  
D – 21335 Lüneburg*

Telefon: 0049-4131-407757, Fax: 0049-4131-407758

Email: janssen@abl-ev.de

www.ig-nachbau.de

Ansprechperson in Österreich: Heike Schiebeck,  
heike.schiebeck@gmx.at

# FRISCHE FRÜCHTCHEN IN WIEN

**Eine Gruppe von Menschen arbeitet daran, eine solidarische Landwirtschaft in Verbindung mit kollektivem Wohnraum, Werkstätten und Raum für Kultur, Kreativität und Politik in Wien umzusetzen.**

VON IRIS F.

**W**ohnen und arbeiten an einem Ort, Natur rundherum, aber trotzdem nur einen Sprung bis in die Stadt – klingt fast wie aus einer Immobilienwerbung. Ist es aber nicht. Es ist ein Projekt, das sich Gemüsesewerkstadt nennt und das gerade in Wien entsteht. Die Menschen, die daran mitarbeiten, möchten einen Ort schaffen, an dem gemeinsam miteinander gelebt werden kann. Wohnen, Gemüse anbauen, kreativ sein und vieles mehr. Hört sich utopisch an? Ist es keineswegs. Zuerst liegt die Idee der Community-Supported-Agriculture (CSA), auch bekannt als solidarische Landwirtschaft.

Die CSA ist eine Form, die Verantwortung in der Landwirtschaft zwischen Konsumierenden und Produzierenden zu teilen. Der entscheidende Punkt ist, dass die Verbraucher\_innen die Ausgaben eines Hofes oder einer Gärtnerei für eine feste Zeit im Voraus finanzieren, meist für ein Jahr oder eine Saison. Die erzeugten Lebensmittel werden während der Erntezeit unentgeltlich unter den Teilnehmer\_innen aufgeteilt. Die solidarischen Mitgliedsbeiträge – je nach finanziellen Möglichkeiten – sollen die Pacht, Lohnkosten und Betriebskosten decken. Dadurch werden die Lebensmittel von ihrem direkten Geldwert entkoppelt. Der Wert des Geldes liegt nunmehr darin, den Erzeugenden ein angemessenes Leben zu ermöglichen, während die Teilnehmer\_innen dafür gesunde und frische Lebensmittel bekommen. Die geteilte Verantwortung soll aber über monetäre Belange hinausgehen. Anfallende Entscheidungen über Arten des Anbaus oder Gemüsesorten sollen möglichst kollektiv getroffen werden und den Konsumierenden somit die Freiheit ermöglichen, ihren Spei-

seplan selbst zu gestalten. Mittlerweile gibt es in Deutschland bereits 19 Höfe, die nach der Idee der CSA landwirtschaften; in Österreich gibt es den Gärtnerhof Ochsenherz.

## Gemeinsam Leben und Arbeiten

Das Thema Lebensmittel steht bei der Gemüsesewerkstadt natürlich im Mittelpunkt. Wir wollen ökologische, nahrhafte und regionale Lebensmittel bedarfsorientiert erzeugen und den Bewohner\_innen von Wien zu fairen Preisen weitergeben. Wir wollen uns dabei jedoch nicht nur auf Gemüseanbau festlegen, andere Projekte, wie zum Beispiel Bienenhaltung und eine Brotbäckerei sind angedacht.

Doch unsere Aufmerksamkeit soll nicht nur der Erzeugung von Lebensmitteln gelten, sondern auch dem Leben an sich und insbesondere unserem Zusammenleben. Gemeinsames Bewirtschaften, Ernten und Essen ist unser Ziel. Wir wollen Beziehungen ins Zentrum unseres Nahrungsmittelsystems stellen: die zwischenmenschlichen Beziehungen untereinander sowie die Beziehungen zu unseren Produktionsgrundlagen (Menschen, Saatgut, Land, etc.). Entscheidungen werden basisdemokratisch getroffen, unseren Umgang mit Menschen versuchen wir, möglichst antihierarchisch, antisexistisch und antirassistisch zu gestalten. Das ist auch schon in der jetzigen Planungsphase unser Anspruch, und es stellt auch eine Herausforderung dar. Sie erfordert, Geschlechterverhältnisse offenzulegen, stetig mitzudenken und reflexiv zu bearbeiten, genauso wie darauf zu achten, dass keine (in)formellen Hierarchien entstehen.

Auch die Beziehungen zwischen Land und Stadt sollen mehr in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt werden. Land soll nicht als veräußerbare Ware betrachtet werden, sondern als Grundlage allen Lebens wahrgenommen werden. Insofern ist die Pflege und Fürsorge für das Land auch essentiell für Menschen, die in der Stadt wohnen. Genauso ist die Stadt wichtig für diejenigen, die dort zum Beispiel studieren. Deshalb ist es uns auch wichtig, das Projekt in der Umgebung von Wien zu ver-

wirklichen, so können wir den fruchtbaren Austausch und die Vernetzung mit Anrainer\_innen und Bewohner\_innen Wiens kultivieren. Wir wollen diesen Austausch sowohl mit Einzelpersonen, als auch mit anderen Kooperativen und Vereinen oder Organisationen fördern. Zum Beispiel mit dem Verein Kama, der mit Asylbewerber\_innen arbeitet und mit den bereits bestehenden Lebensmittelkooperativen in Wien.

## Aktuelle Herausforderungen

Die größte Herausforderung für uns stellt im Moment das Finden eines geeigneten Landes dar. Unser bisheriger Fokus lag auf einem Versuchsgrundstück der Universität für Bodenkunde in Jedlersdorf. Nachdem der Pachtvertrag allerdings letztes Jahr ausgelaufen ist und das Grundstück an die Bundesimmobilien-Gesellschaft zurückgegeben werden soll, hat die Stadt Wien andere Pläne damit. Wie also sollen wir an Land kommen? Vor allem in der Nähe der Stadt scheint der Platz knapp, und Grundstückspreise schweben in astronomischen Höhen. Aber vielleicht hat ja jemand von euch eine Idee oder einen Hinweis?

Neben der Landsuche ist für uns im Moment vor allem der Prozess der Gruppenbildung und -findung sehr wichtig. Obwohl alle aus der Gruppe ähnliche Grundeinstellungen haben, gilt es doch, sich der vielen verschiedenen Interessen bewusst zu werden und sie in Einklang zu bringen. So gibt es auch innerhalb der Gruppe eine Vielzahl von unterschiedlichen Vorstellungen. Für manche soll die Gemüsesewerkstadt Wohnraum werden, andere wollen vor allem Gemüse anbauen. Eine schöne Erfahrung und ein erster Praxistest war in dieser Hinsicht unsere erste Klausur im „Haus am Bach“ in der Steiermark. Dort wurde nicht nur gehirnt, sondern auch gemeinsam gekocht, Holz gehackt, gespielt, gesungen und gelacht. Solche Erfahrungen würden wir gerne wiederholen; zusammen wandern gehen oder andere CSA Höfe besuchen. Einige von uns würden gerne noch mehr Energie investieren, aber leider sind wir nur nebenberuflich Gemüsesewerk-



städter\_innen, einen Großteil unserer Zeit müssen wir ins Studium oder in Lohnarbeit investieren, da wir finanziell davon abhängig sind.

Das größte Potenzial der Gemüsewerkstadt besteht darin, dass sie sich noch im Entstehungsprozess befindet; unser Zugang ist experimentell, noch niemand von uns hat Erfahrung im Aufbau von solch einem Projekt. Zum Glück aber können wir auf viele Erfahrungen von ähnlichen Pro-

jekten, zum Beispiel der Garten-Coop in Freiburg, zurückgreifen. Mit der Gemüsewerkstadt wollen wir das Leben verwirklichen, das wir für gut und richtig halten.

In diesem Sinne sind alle interessierten Menschen eingeladen, sich in jeder Form an der Gemüsewerkstadt zu beteiligen. Wir freuen uns, wenn ihr eure Freizeit in der Gemüsewerkstadt verbringt, dem Grauentflieht oder mitarbeiten wollt. Hilfe braucht es in vielerlei Form wie z. B. eure

persönlichen Ideen und euer Engagement und später sicherlich auch bei Gartenarbeit und Verteilung der Ernte! Sach- und Geldbeiträge, am allerliebsten eine Grundstücksschenkung sind natürlich auch sehr willkommen.

*Iris F. ist Gemüsewerkstädterin und studiert Kultur- und Sozialanthropologie in Wien.*

Kontakt: [gemuesewerkstadt@riseup.net](mailto:gemuesewerkstadt@riseup.net)

## ZUGANG ZU DEN MÄRKTEN

Wenn man heute über den Zugang zu den Märkten spricht, wird man schnell mit unzähligen Fachausdrücken aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik konfrontiert, die im durchaus komplexen Thema alle ihre Berechtigung haben. Schlagwörter wie Globalisierung, internationaler Warenverkehr und Macht der Märkte sind in aller Munde. Kaum jemand beschäftigt sich aber mit der Frage des Marktzuganges des einzelnen bäuerlichen Betriebes, das heißt, dem Ist-Zustand und dessen Analyse und möglichen Lösungsansätzen für die Zukunft.

VON KARL ERLACH



Foto: Eva Schimmerl

Der direkte Marktzugang für uns Bäuerinnen und Bauern ist über die Direktvermarktung gegeben. Dabei ist im Dialog mit den KonsumentInnen die Argumentation für die erzeugte Ware gut zu platzieren und der Aufbau von Vertrauen ein wesentlicher Teil der Preisbildung, die durch den Wegfall des Zwischenhandels beiden „Vertragspartnern“ durch Teilung der Handelsspanne Vorteile verspricht. Diese Art der Vermarktung ist natürlich nur für einen relativ kleinen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe möglich. Weiters sind hohe zusätzliche Auflagen im Bereich von Hygiene, Qualitätsklassen, zusätzlicher Sozialversicherungspflicht und vielem mehr zu erfüllen. Die Inflationsabgeltung wird leider in der Regel nicht berechnet, was über die Jahre hinaus zu einem deutlichen Einkommensverlust führen kann.

Bei allen anderen Zugängen zu den Märkten wird der landwirtschaftliche Betrieb als Rohstofflieferant behandelt. Dies bedeutet, dass er über Verarbeitung und Handel sehr wenig Einfluss auf die Preisgestaltung seiner verkauften Ware hat. Eigentlich müssten wir Bäuerinnen und Bauern eine Rechnung legen, doch das Gegenteil ist der Fall, wir bekommen nach erfolgtem Verkauf eine Gutschrift mit einem festgesetzten Preis, und die Auszahlung erfolgt laut geschlossenem Vertrag frühestens erst nach einigen Wochen.

Die Preisgestaltung wird über die Verarbeiter mehr oder weniger vorgeschrieben, wobei diese im direkten Marktzugang mit dem Handel stehen und damit im Spannungsfeld der Preisbildung. Veränderungen führen immer wieder zum Versuch, diese nach unten zum ProduzentInnen abzugeben. Das bedeutet

jährlich durchschnittlich schlechtere Preise für die Bäuerinnen und Bauern. Die großen Verlierer in diesem System sind der Boden (einseitige Auslaugung, Humusabbau, Pestizid-anreicherung und Nitratanreicherung), die Nutztiere (Massentierhaltung mit hohem Medikamenteneinsatz), das Klima (Schadgasbelastung), die Wasserqualität und aus dieser Summe wir Menschen. Spielräume für den einzelnen abliefernden Betrieb, sich diesen Marktzugangsvoraussetzungen zu entziehen, sind nur minimal gegeben. In der zunehmend globalisierten Welt ist daher ein Ausgleich über ein Direktzahlungsmodell (Förderungen) notwendig. Ohne dieses wäre eine flächendeckende Landwirtschaft in Österreich nicht möglich.

### Wie werden wir künftig verkaufen und einkaufen?

Ist Tauschhandel in Krisenzeiten eine Alternative? Gibt es Alternativen zu den bestehenden Marktmechanismen? In einer zunehmend digitalen Welt träumt man davon, gemütlich vom Computer zu Hause auch Lebensmittel einzukaufen. Dies könnte durchaus eine Weiterentwicklung der Direktvermarktung darstellen, die bereits mit Zustelldiensten wie Gemüsekitln oder Ähnlichem getestet wird. Allerdings stellen Kühlung, Logistik und so weiter eine Herausforderung dar und werden bei leicht verderblichen Lebensmitteln wohl immer eine Beschränkung darstellen. Ein wesentlicher Grundsatz bei zukünftigen Marktzugängen wird wohl das Zirkulieren des Geldes (oder anderer Tauschwerte) in regionalen Kreisläufen sein, da damit eine größtmögliche Wertschöpfung in der Region bleibt. Ebenso ist eine Rückkehr zum menschlichen Maß notwendig, das die Grenzen der Natur und der damit gegebenen Ressourcen achtet und in ein modernes System der Vermarktung führt, bei welchem auch genügend Bäuerinnen und Bauern Platz in ihrem vielfältigen Aufgabengebiet finden sollen.

DI Karl Erlach  
Biobauer und Obmann Bio Austria NÖ/Wien

# ZEITDIEB BÜROKRATIE

Wenn ich am PC arbeite, zeigt eine symbolische Sanduhr an, dass der Computer arbeitet. Das bedeutet, ich muss ein Weilchen warten, bis das gewünschte Dokument, das ich öffnen will, zur Verfügung steht. Die Sanduhr erinnert mich an den endlosen Fluss der Zeit, der unaufhaltsam Sekunde um Sekunde ver rinnt. Manchmal möchte ich den Zeitfluss anhalten oder den Zeitaufwand für die Bürokratie verringern, besonders in der fünften Jahreszeit, der Mehrfachantragszeit, wenn wir Bauern und Bäuerinnen gezwungen sind, uns mit den Kürzeln, Änderungen, Verpflichtungen, Fachbegriffen, Nummern, Hektaren und Merksätzen des Mehrfachantrages zu beschäftigen. Oder wenn eine Einladung geschickt wurde, in der wir aufgefordert sind, an einem bestimmten Tag, zu einer bestimmten Zeit, die von der Bezirksbauernkammer fixiert wurde, dort vorzusprechen.

Bei solchen Terminvorgaben wird extra darauf hingewiesen, man möge unbedingt Datum und Zeit einhalten. Terminänderungswünsche würden nur in Ausnahmefällen gewährt. Doch wie soll das gehen, wenn Bauer oder Bäuerin am Vormittag oder Nachmittag vom Hof nicht einfach wegfahren können, sondern in einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit fix angestellt und an die dort vorgegebenen Arbeits- und Urlaubszeiten gebunden sind? Woher die Zeit nehmen? Zudem, nicht auf jedem Bauernhof gibt es zwei Personen, wo eine die andere hinschicken kann.

Rund 60 % aller Bauern und Bäuerinnen sind davon betroffen, so hoch ist die Zahl der Nebenerwerbsbetriebe in Österreich. Tendenz steigend. Verschärft wird diese Situation noch durch Unternehmen, die den jährlich zustehenden Urlaub der Mitarbeitenden größtenteils über den Betriebsurlaub regeln. Außerhalb dieser Zeit gewähren die Chefs höchst ungern Urlaubstage, da diese für das Unternehmen schwieriger zu handhaben sind, weil Ar-

beitskraft ausfällt und Ersatz gefunden werden muss – oder der Arbeitsplatz eben leer (also unproduktiv) bleibt. Bauer oder Bäuerin, die einen Urlaubstag brauchen für einen Einzeltermin, den Besuch von Infoveranstaltungen oder das Abgeben des Mehrfachantrages, stehen zwischen den Anforderungen beider Seiten.

## Zeit und Kosten abwälzend

Anhand des Vorgehens im Pielachtal können wir sehen, wie mit dem Umstrukturieren in der Bezirksbauernkammer Zeit und Kosten auf Bauern und Bäuerinnen abgewälzt werden. Ich erinnere mich gut an die erste Zeit nach dem EU-Beitritt, wo Referenten oder Angestellte der Bezirksbauernkammer in die Dörfer kamen, um

vor Ort zu informieren oder die Mehrfachanträge in einem der Gasthäuser entgegenzunehmen. Dem Sparstift folgend, kommen sie jetzt nur noch selten in die Dörfer, stattdessen werden Bauer oder Bäuerin zur Bezirksbauernkammer in der Stadt zitiert. Das kostet uns, neben der nötigen Zeit für die geforderte Bürokratie, auch Fahrzeit und Treibstoff. Zudem frage ich mich, wie ökologisch das ist, wenn hunderte Bauern und Bäuerinnen mit ihren Autos aus ihrem Dorf in die Stadt fahren müssen. Stattdessen könnten zwei, drei Leute von der Kammer ins Dorf kommen. Als ich in der Bezirksbauernkammer das Anliegen vorbrachte, wehrte

**Der Wust an Merkblättern, Reglementierungen, Vorschriften, Gesetzesänderungen oder -verschärfungen für Bauern und Bäuerinnen schwillt von Jahr zu Jahr weiter an. Vorladungen zu Einzelterminen, Informationsveranstaltungen und Digitalisierungen, die in der Bezirksbauernkammer abgehalten werden, flattern ins Haus. Doch wer neben der Arbeit am Hof noch einer anderen Erwerbstätigkeit nachgeht, ist oftmals gezwungen, einen Urlaubstag zu nehmen, um zu den verpflichtenden Terminen in der Kammer erscheinen zu können.**

VON MONIKA GRUBER

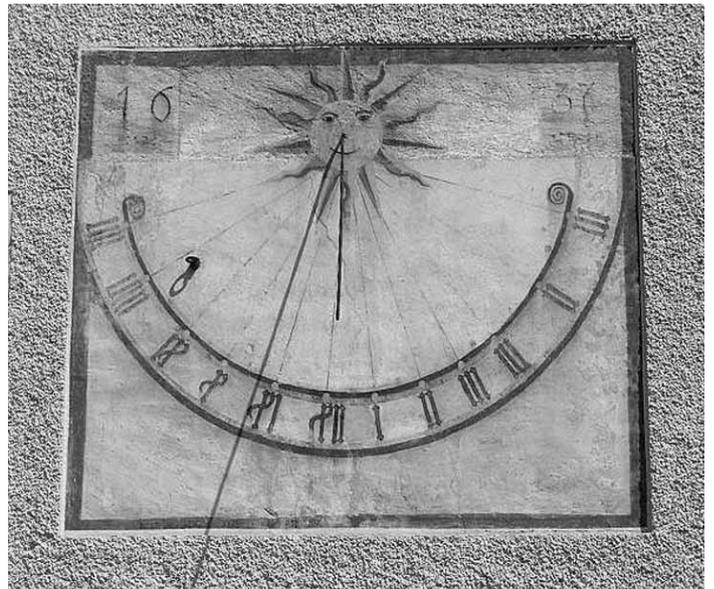


Foto: Lisa Schmed

mein Gesprächspartner ab, es sei viel zu aufwendig mit den vielen Unterlagen und viel zu teuer, wenn „wir von der Kammer in die Dörfer hinausfahren“.

Sollen wir uns, wenn uns die gestohlene Zeit für notwendige Arbeiten auf unserem Hof abgeht, an die Landwirtschaftskammer Steiermark wenden? Auf deren Homepage empfiehlt ein Fachmann die neuen LED-Leuchtdioden: „So machen Sie die Nacht zum Tag“ – mit einem starken hellen Arbeitslicht am Traktor, mit hoher Lichtleistung und geringem Stromverbrauch.

*Monika Gruber  
Biobäuerin im Mostviertel*

# SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE INFRASTRUKTUR – EINE SCHWINDENDE RESSOURCE?

Die Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur (Daseinsvorsorge) ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten einem tiefgreifenden Wandel unterlegen. Gerade in ländlichen peripheren Regionen wird der Zugang der Bevölkerung zu wichtigen Infrastruktureinrichtungen wie Öffentlichem Verkehr, Post, Nahversorger, Schulen deutlich schwieriger, viele Einrichtungen werden aufgrund wirtschaftlicher Interessen und mangelnder Rentabilität geschlossen.

VON INGRID MACHOLD



Noch bis in die 1980er Jahre stand das Leitbild der gleichwertigen Lebensbedingungen im Vordergrund der österreichischen Regionalpolitik. In diesem Leitbild wird davon ausgegangen, dass durch die flächendeckende Versorgung mit sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur bei gleichwertiger Qualität und gleichem Preisniveau die Teilhabechancen und damit der Zugang aller Teile der Bevölkerung zu wichtigen gesellschaftlichen Institutionen gewährleistet werden. Insbesondere im Bildungsbereich wurden in den 1970er Jahren zentrale Maßnahmen gesetzt. Aber auch der Krankenhaussektor wurde qualitativ und quantitativ ausgeweitet, die Verkehrswege, vor allem im Individualverkehr massiv ausgebaut, das Telefontnetz verbessert.

Dieses Leitbild wird in der Raumplanung und Regionalpolitik jedoch schon seit längerem als nicht mehr zeitgemäß an-

gesehen, obwohl weiterhin konsensfähig ist, dass der Staat in seinem ganzen Gebiet die Aufgabe hat, eine „einigermaßen leistungs- und funktionsfähige Grundversorgung sicherzustellen“. Kritikpunkte sind vor allem die zentralistische Sichtweise, die eine endogene Entwicklung der Regionen nicht berücksichtigt, veränderte Nutzungsgewohnheiten und Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht zuletzt die immer massiveren Sparmaßnahmen und Sparzwänge der öffentlichen Hand.

Von Rückbau- und Sparmaßnahmen waren in den letzten Jahren mehrere Bereiche betroffen. Im öffentlichen Verkehr wurden viele Nebenbahnen eingestellt, während die Hauptverkehrsstrecken ausgebaut wurden. Der Busverkehr, der nun vielfach auch die Regionalbahnlinien ersetzen soll, wurde in vielen Regionen an den „Tagesrandzeiten“ (also außerhalb des Berufs- und Schülerpendelverkehrs) auf ein

Minimum reduziert oder vielfach ganz aufgegeben. Diese Einschränkungen betreffen insbesondere ländliche, periphere Regionen, wo die dort lebende Bevölkerung, aber auch TouristInnen, zunehmend gezwungen sind, alle Wege und Besorgungen mit dem PKW zu erledigen. Auch im Lebensmitteleinzelhandel sind bereits seit Jahrzehnten ein massiver Strukturwandel und Zentralisierungsmaßnahmen im Gange, die viele ländliche Gemeinden ohne Kaufläden gelassen haben. Hauptsächlich haben die selbständigen Kaufleute von Spar, Adeg, Nah & Frisch und die nichtorganisierten Kaufleute und damit die kleinen und kleinsten Händler aufgegeben. Beispielsweise hat sich in Oberösterreich die Anzahl der Gemeinden ohne Nahversorger seit 2000 von 59 auf 125 mehr als verdoppelt. Eine Wiederbelebung der lokalen Nahversorgung ist jedoch schwierig und bedarf in vielen Fällen unterstützender Maßnahmen in der Gemeinde.

Aktuell wird insbesondere in der Steiermark die baldige Schließung von Kleinschulen, das sind Schulen mit weniger als drei Klassen, vorangetrieben (31 Kleinschulen im Schuljahr 2012/13 mit weniger als 20 SchülerInnen), davon sind wiederum vor allem ländliche Gemeinden mit einer geringen Siedlungsdichte betroffen. Neben der Steiermark kam es auch in anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren immer wieder zu Schließungen, da die SchülerInnenzahlen als zu gering erachtet wurden. Wobei die „Schmerzgrenze“ hier zwischen den Bundesländern verschieden ist. Vor allem in den Gemeinden selbst besteht meist ein hohes Bewusstsein darüber, wie wichtig die Schule vor Ort für die Identität und Attraktivität der Gemeinden ist, sei es im Hinblick auf ihre gesellschaftliche Bedeutung und den Zusammenhalt in der Gemeinde, sei es als Grund für den Zuzug von Jungfamilien.

Auch bei der Post kommt es seit der Ausgliederung 1996 aus dem Bundeshaushalt immer wieder zu Reorganisationsmaßnahmen. Mit den Schließungswellen 2002 und 2004/05 wurden von 2.286 über 950 Postämter besonders in ländlichen Regionen geschlossen, die anfangs auch nur sehr schleppend durch Postpartner ersetzt wurden. Der Unmut in vielen Gemeinden war groß. Seit 2008 werden die aufgelassenen Postfilialen zunehmend durch Postpartner ersetzt, die vor allem im Lebensmittel-Einzelhandel, in Apotheken und Tankstellen oder kommunalen Einrichtungen Postdienstleistungen anbieten. Mit Ende 2011 gab es wieder 1.885 Poststellen, das sind knapp 340 Poststellen mehr als noch 2010, davon waren nur mehr 622 Postfilialen und 1.263 Postpartner.

Am Beispiel der Post wird deutlich, dass alternative Angebotsformen oftmals eine Lösung im Sparschub darstellen. Dieser Ansatz wird auch im Leitbild der Differenz für eine räumliche Entwicklung verfolgt, wobei der Fokus hier vor allem auf regional angepassten Lösungen liegt, die zu – an Lage, Situation und Auswahl – angepassten Infrastruktureinrichtungen führen. Beispiele dafür sind alternative Formen des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), wie Mikro-ÖV Systeme, die in vielen ländlichen Gemeinden in den letzten Jahren entstanden sind. Mikro-ÖV Systeme haben zum Ziel, in einem abgegrenzten Gebiet (meist in einer Gemeinde) den öffentlichen Nahverkehr zu stärken und damit die Mobilitätschancen für bestimmte Personengruppen, die über kein eigenes Auto verfügen, zu erhöhen. Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Bedienungsform von Haus-zu-Haus, die andere Nahverkehrsangebote nicht leisten können. Bekannte Beispiele für Mikro-ÖV

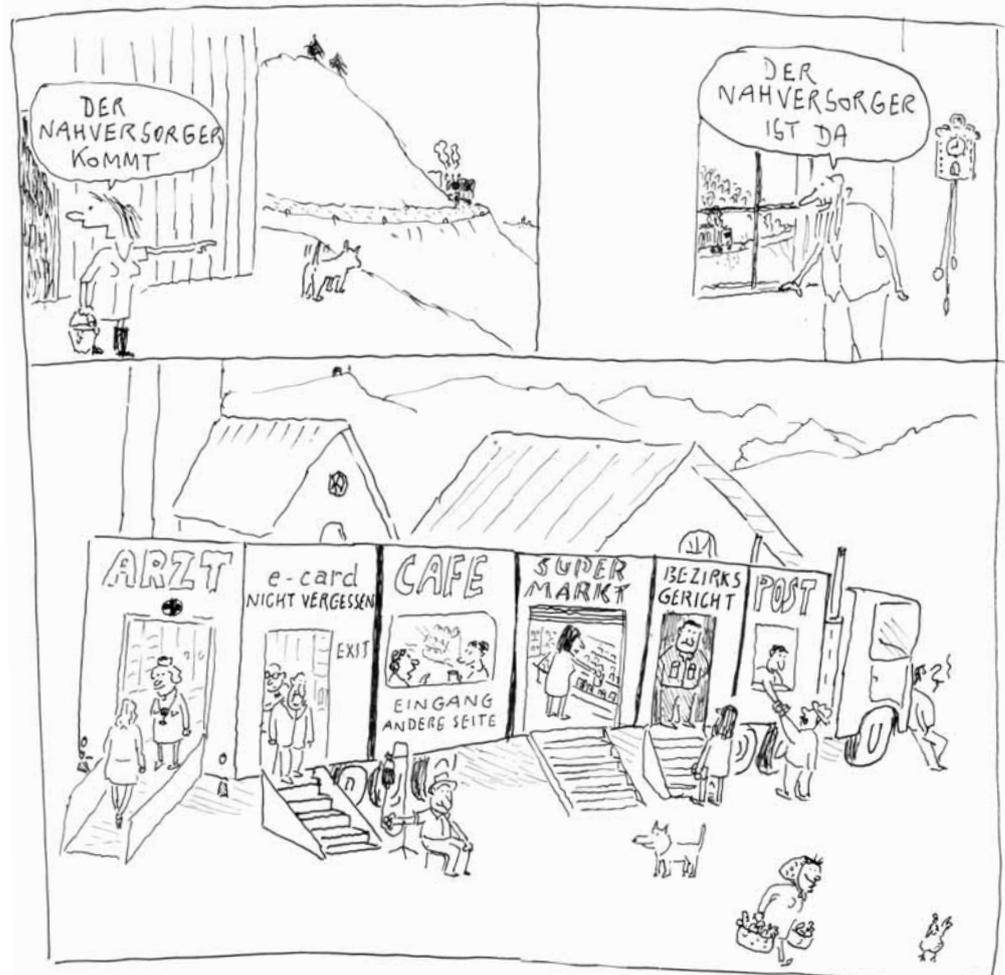
Systeme sind der „Gmoabus“ in Pötsching oder das Dorfmobil in Klaus a. d. Phyrnbahn.

Im Hinblick auf die Nahversorgung bieten multifunktionale Einrichtungen wie die beschriebenen Postpartnerschaften oder andere, der örtlichen Nachfrage angepasste Kombinationen von Lebensmittelgeschäft und Gasthaus oder Dienstleistungen wie Versicherung, Bankdienstleistungen, Gemeindebibliothek, etc. eine Möglichkeit, durch das erweiterte Angebotspektrum zusätzliche Einnahmen zu lukrieren. Förderungen für kleinstrukturierte Nahversorger durch Bund und Land erleichtern dabei die Einführung bzw. Umstellung und Erweiterung auf andere Geschäftszweige. Es ist jedoch vor allem wichtig, das Bewusstsein der lokalen Bevölkerung für die Folgen ihrer individuellen Kaufentscheidung zu stärken, wie dies

beispielsweise durch den Verein „Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung“ in Vorarlberg geschieht.

Damit die Ressource Infrastruktur in den ländlichen Gemeinden bleibt, ist zu allererst ein Bewusstsein notwendig, dass die Versorgung mit Basis-Infrastruktureinrichtungen wesentlich für die Lebensqualität in einer Region ist und Infrastruktureinrichtungen nicht alleine nach ökonomischen Kriterien zu bewerten sind. Dabei sind die lokale Bevölkerung, aber auch die Entscheidungsträger auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene gefragt, die das Engagement und die Initiativen von einzelnen AkteurInnen (finanziell) unterstützen und weitertragen.

*Dr. Ingrid Machold  
Mitarbeiterin der Bundesanstalt  
für Bergbauernfragen in Wien*



# ZUGANG ZU LAND IN EINER GLOBALISIERTEN LANDWIRTSCHAFT

**Auf den Spuren des Landkonflikts in Honduras. „Wir sind weder Fische, die von Wasser leben, noch Vögel, die von der Luft leben; wir sind Männer und Frauen, die vom Land leben.“ (MUCA-Bäuer\*innenbewegung von Bajo Aguán, Honduras)**

VON MAGDALENA HEUWIESER



Foto: Delmer Membreno

**E**in beißender Geruch nach verbranntem Plastik liegt in der Luft. Unter dem schattenspendenden Dach aus Ölpalmen schwelen die ursprünglich aus Ästen, Palmblättern und Planen zusammengeschnürten Häuserskelette vor sich hin. Dort, wo jetzt nur noch bewaffnete Polizisten und Militärs die Stellung halten, befand sich eine Stunde zuvor eines der „Campamentos“, die provisorischen Siedlungen der Landbesetzer\*innen Bajo Aguáns.

In Bajo Aguán, der ehemals fruchtbarsten Zone des zentralamerikanischen Landes, die direkt an der Atlantikküste und in nächster Nähe zu den Weltmarkthäfen liegt, erstreckt sich heute ein riesiges Meer aus Palmölplantagen. Ölpalmen, die 130.000 Hektar von Honduras einnehmen. Doch es ist eine Landwirtschaft ohne Bäuerinnen und Bauern. Die Plantagen gehören wenigen Großunternehmer\*innen, die für sich arbeiten lassen. Miguel

Facussé ist einer dieser Palmölmultis, gegen die sich die Proteste derjenigen richten, die nicht nur für einen Minimallohn für ihn arbeiten wollen, sondern ihr Recht auf eigenes Land beanspruchen. Doch der honduranische Staat will die Forderungen nicht hören. Versprechen bleiben unerfüllt, Landbesetzungen werden gewaltsam aufgelöst und die Zone aufs schärfste militarisiert. 48 ermordete Landlose sind die Bilanz des tobenden Konflikts in Bajo Aguán, und das allein in der nun zweijährigen (illegitimen) Regierungsperiode Lobos. Zuletzt wurde Matías Valle Cárdenas, Vater von sechs Kindern und Aktivist der Bäuer\*innenbewegung des Aguán, MUCA, am 20. Januar 2012 erschossen.

Doch was sind die Ursachen des Agrarkonflikts in Honduras? Wann begann er, und warum spitzte er sich in den letzten Jahren immer weiter zu? Wagen wir einen Blick in die Geschichte von Honduras, so stellen wir fest, dass

die Grundsteine für die heutige Agrarstruktur schon während der Kolonialzeit und spätestens ab den liberalen Reformen gelegt wurden. Es wird deutlich, wie sehr die Transformationen mit weltweiten Prozessen verbunden sind. Landwirtschaft spielte in der globalen kapitalistischen Entwicklung stets eine wichtige Rolle. Kleinbäuer\*innen und deren traditionelle Wirtschaftsweise wurden als Hindernis für Industrialisierung und Wachstum gesehen. Ziel war die Entwicklung moderner Agrarunternehmen; die „überschüssigen“ Bäuer\*innen wurden als Arbeiter\*innen für die Unternehmen oder Fabriken, die für den Weltmarkt produzieren, gebraucht. Wie diese Globalisierung der Landwirtschaft in Honduras ablief und warum sich honduranische Bäuerinnen und Bauern, Indigene, Plantagenarbeiter\*innen und Landlose nicht alles gefallen ließen, das soll in diesem Artikel erzählt werden.

## Ohne Bäuer\*innen viele Bananen

Die Geschichte beginnt mit der liberalen Staatenbildung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Honduras zur Bananenrepublik machen sollte. Schon während der Kolonialzeit und auch nach der Unabhängigkeit von Spanien im Jahr 1823 war für die Plantagenwirtschaft der Boden bereitet worden: Man vertrieb indigene Bäuer\*innen von ihren Ländereien, führte mit liberalen Reformen den Privatbesitz von Land ein und verteilte es an kapitalstarke Unternehmer\*innen. Schon bald machte sich die United Fruit Company an der Atlantik-Küste, der fruchtbarsten Zone des Landes, breit – dort, wo heute Bajo Aguán liegt. Die landlos gewordenen Bäuer\*innen benötigte der US-amerikanische Konzern als Arbeitskräfte auf seinen Bananenplantagen. Honduras entwickelte sich in den 1930ern zum weltweit wichtigsten Bananenexporteur und zur prototypischen Bananenrepublik: Über 87 Prozent seiner Exporte bestanden aus Bananen; Politiker\*innen, Militärs und Zollbeamten\*innen saßen gleichzeitig im Aufsichtsrat der United Fruit Company und Militärputsche konnten ihrer Finanzierung sicher sein.

Auf der Strecke blieben die schlecht bezahlten Plantagenarbeiter\*innen und landlos gewordenen Bäuer\*innen. Mit Streiks und Landbesetzungen machten sie ihren Unmut laut und forderten gerechtere Arbeitsbedingungen und eine Agrarreform. Die Proteste gipfelten 1954 im Bananestreik, an dem sich über 25.000 Plantagenarbeiter\*innen für 69 Tage beteiligten.

### Bajo Aguán: Das Zentrum der Agrarreformen

Der Bananestreik leitete eine Periode massiver Landkämpfe ein, die dazu führten, dass die honduranischen Kleinbäuer\*innen im Staat erstmals als soziopolitische Akteur\*innen wahrgenommen wurden. Dass ihren Forderungen in den 1960er und 70er Jahren oft Gehör geschenkt wurde, lag nicht nur an den internen Protesten, sondern auch an den globalen Kräfteverhältnissen während des Kalten Kriegs: Das kommunistische Potential sollte durch progressive Reformen abgeschwächt werden. Die populistischen Entwicklungsstaaten dieser Zeit sahen Landreformen gleichzeitig als Möglichkeit an, eine Modernisierung und Produktivitätssteigerung der Landwirtschaft zu erreichen.

In Honduras waren sich nicht alle über diesen Entwicklungsweg einig. Progressive und konservative Kräfte gaben sich die Klinke in die Hand, ein Militärputsch folgte auf den anderen. Die erste Landreform 1962 wurde sehr schnell durch einen Putsch abgewürgt. Doch die Bäuer\*innen verstärkten trotz massiver Repression durch das Regime ihren Druck und erreichten 1975 nach einem weiteren Putsch die Verabschiedung einer neuen Landreform.

Die Reform brachte viele Vorteile für Kleinbäuer\*innen mit sich, wie besseren Zugang zu Land, Krediten und Preisstabilität für Produkte. Dies selbstverständlich nicht ohne den Hintergedanken der Mo-

dernisierung der Landwirtschaft. Kredite und technische Hilfe wurden an den Anbau von „Cash Crops“ gekoppelt, die für den Export bestimmt waren. Hauptsächlich Ölpalmen sollten nun in den neu geschaffenen Agrarkollektiven produziert werden. Das Zentrum der Agrarreform: Bajo Aguán.

Nicht nur die Landwirtschaft wurde modernisiert, auch eine Industrialisierung stand auf dem Programm, welche in ganz Lateinamerika unter dem Namen der Imports substituierten Industrialisierung durchgeführt wurde. Die dafür benötigten Arbeitskräfte zog man wiederum aus der Subsistenzlandwirtschaft ab.

Ein Rückblick auf die Phase des populistischen Entwicklungsstaats zwischen den 1950ern und 70ern macht deutlich, dass zwar einerseits bäuerliche Landwirtschaft durch Zugang zu Land und Krediten gefördert wurde. Andererseits führte die Industrialisierung und Modernisierung der Agrarbetriebe nicht unbedingt zu einer gerechteren Verteilung des Landbesitzes. In Lateinamerika besaßen 1980 immer noch 20 % Grundbesitzer\*innen 80 % der kultivierbaren Fläche. Gleichzeitig stieg die Zahl der Landlosen.

### Der „freie Markt“ mit seinen Zwängen

Gegen Ende der 1970er verstärkten sich die Widersprüche im populistischen Entwicklungsstaat. Als Strategie gegen die immer höhere Verschuldung der Länder des Globalen Südens präsentierten die internationalen Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfond (IWF) sogenannte Strukturanpassungsprogramme. Den Ländern wurden Kredite gewährt, wenn sie diese neoliberalen Programme durchführten, also sämtliche wohlfahrtsstaatlichen Elemente abbauten und an allen Ecken und Enden privatisierten.



Foto: Kristin Büchner

In Honduras wurde als erste neoliberale Maßnahme die Maquila-Industrie eingeführt. Die ausländischen steuerfreien Weltmarktfabriken bringen den Standortländern als einzigen Vorteil die Beschäftigung von Arbeitskräften. Diese so billig und unqualifiziert wie möglich. Die Arbeitsstruktur in Honduras wandelte sich daraufhin fundamental weg von der Nachfrage nach hauptsächlich maskuliner agrarindustrieller Arbeitskraft hin zu einer femininen Manufaktur-Arbeitskraft.

Die Umsetzung der Strukturanpassungsprogramme in Honduras bedeutete die Streichung sämtlicher Subventionen, Kredite und Preisgarantien und eine Handelsliberalisierung, also den Abbau von Zöllen. Kleinbäuer\*innen standen plötzlich ungeschützt da und konnten nicht mehr mit den globalen Preisen mithalten, welche hauptsächlich von transnationalen Konzernen – stark subventioniert von ihren Heimatländern – diktiert wurden.

Viele kleinere und mittlere Landwirtschaften in Honduras wurden in den Ruin getrieben, die Arbeitslosigkeit stieg rasant an, ebenso wie die Migration in die Städte und in die USA. Auch die Armut stieg, hauptsächlich in der ländlichen indigenen und weiblichen Bevölkerung. Die Regierung ersetzte im Jahr 1992 die Agrarreform von 1972 durch ein neues Modernisierungsgesetz. Land – selbst das vorher vom Verkauf ausgeschlossene Reformland – wurde nun am neu gegründeten Landmarkt als Ware gehandelt.

Was blieb den meist stark verschuldeten Bäuer\*innen anderes übrig, als das Land zu verkaufen. Und taten sie dies nicht frei-

willig, übten die exportorientierten Konzerne und Großgrundbesitzer\*innen auch gerne ein wenig Druck aus – denn diese freuten sich über die billigen Palmölplantagen, die nach Jahrzehnten der Pflege ihre höchste Ertragsphase erreicht hatten. Bajo Aguán gehört seitdem nur noch wenigen Großgrundbesitzer\*innen – der wichtigste davon Miguel Facussé, gegen den sich nach 2000 verstärkt die Proteste der Campesin@-Organisationen richteten.

**Putsch, Privatisierungen und Protest**

In der Regierungsperiode von Manuel Zelaya ab 2006 wurde das erste Mal ein kleiner Bruch mit dem neoliberalen Modell versucht. Die Regierung verdoppelte den Mindestlohn, stoppte einige Privatisierungen und führte durch das Dekret 18-2008 die Landumverteilung der Agrarreform von 1975 fort, hauptsächlich in der Zone Bajo Aguán. Nicht nur der nationale Machtblock sah dadurch seine Interessen bedroht, auch ausländische Konzerne ängstigten sich vor einem Verlust ihrer Privilegien.

Der Putsch am 28. Juni 2009 sollte die neoliberalen Kräfteverhältnisse wieder herstellen. Wenn auch eine nicht eingeplante Nebenwirkung eintrat – die erstarkende Widerstandsbewegung gegen den Putsch – so konnte doch das neoliberale Projekt verstärkt fortgeführt werden. Privatisierungen kamen wieder auf die Agenda, und die Vermarktlichung natürlicher

Ressourcen nahm vorher nicht dagewesene Dimensionen an: Allein 300 Flussprivatisierungen für Staudämme initiierte die Putschregierung. Das Landumverteilungsprojekt wurde jäh gestoppt, wodurch sich der Agrarkonflikt in Bajo Aguán stark verschärfte. Durch Landbesetzungen und Verhandlungen versuchen die Bäuer\*innen-Bewegungen Bajo Aguáns, ihre Forderungen nach Land durchzusetzen. Doch die Antwort vom Staat und den privaten Sicherheitskräften der Großgrundbesitzer\*innen (Paramilitärs) wie Miguel Facussé ist die Militarisierung der Region. Ständige Bedrohungen und Morde lassen ein menschenwürdiges Leben dort nicht zu.

Währenddessen erhält Facussé finanzielle Unterstützung von UNO, Weltbank und staatlichen Entwicklungsorganisationen für seine sogenannten nachhaltigen, klimafreundlichen Projekte auf den Palmölplantagen. Auch der World Wide Fund for Nature (WWF) hat dabei seine dreckigen Finger im Spiel.

**Globalize Struggle, Globalize Hope!**

So aussichtslos die Lage auch scheinen mag, wächst doch nationale und internationale Solidarität mit den Landbesetzer\*innen in Bajo Aguán und somit auch der Druck auf das honduranische Regime, einen Wandel der Agrarpolitik herbeizuführen. Die Menschenrechtsorganisation FIAN und „Rettet den Regenwald“ erreichten 2011 den Stopp von Zahlungen einer

deutschen Entwicklungsbank an Facussé, und nach einer offiziellen Kritik der US-Regierung und der Interamerikanischen Menschenrechtskommission folgten fast drei Monate, in denen in Bajo Aguán immerhin niemand umgebracht wurde.

Das internationale Interesse ist auch deshalb wichtig, weil so die Zusammenhänge zwischen dem Konflikt in Honduras und globalen Prozessen deutlich werden. Während Campesin@-Landwirtschaft im Zuge der Globalisierung seit gut 150 Jahren immer weiter zurückgedrängt wurde, bleibt das Thema Landwirtschaft weiterhin von größter Aktualität. Hungerrevolten und Agrarkonflikte zeigen immer deutlicher, wie wichtig Landwirtschaft auch heute noch ist und wie eng sie zusammenhängt mit der ökologischen Krise, der Klimakrise, der Energie-, Wirtschafts- und Finanzkrise. Während Honduras inzwischen jährlich über 200.000 Tonnen Palmöl produziert, wovon 70 Prozent exportiert werden, wurde der ehemals größte Getreideexporteur Zentralamerikas zu einem Land, welches nur noch die Hälfte der im Land konsumierten Nahrungsmittel produzieren kann. Die Landkämpfe in Honduras zeigen: Eine Veränderung unseres Lebensmittel- und Agrarsystems ist dringend nötig. Eine Transformation, in der die Rolle der Landwirtschaft nicht mehr nur als unterentwickelte Nebensächlichlichkeit angesehen wird, sondern in der Bäuer\*innen zentrale Akteur\*innen sind. Man könnte auch sagen, ein Wandel hin zu Ernährungssouveränität.

*Magdalena Heuwieser  
ist aktiv bei AgrarAttac und der Honduras-Solidarität und war im Dezember 2010 im Rahmen einer Menschenrechtsdelegationsreise in Bajo Aguán, Honduras.  
Laut CEPAL ist Honduras Lateinamerikas ärmstes Land, mit 67,4 Prozent der Bevölkerung, die in Armut lebt.*

<b>BÄUERINNEN-KABARETT</b>	
<b>Fr 9. März 2012</b> <b>20:00 Pfarrsaal Liebenau</b>	<b>Sa 24. März 2012</b> <b>20:00 Pfarrsaal Waizenkirchen</b>
VeranstalterInnen: Mütterrunde und KFB Liebenau Kontakt: Regina Mühlbacher 07953-324	VeranstalterIn: Katholisches Bildungswerk Kontakt: Rudolf Buchmair 07277-3082 oder Klaus Ortner 07277-2024
<b>Sa 10. März 2012</b> <b>20:00 Schule, Hellmonsödt</b>	<b>Fr 20. April 2012</b> <b>20:00 Pfarrheim Pram</b>
zum Weltfrauentag VeranstalterIn: KFB Hellmonsödt Kontakt: Helga Raml 0664-49 50 879	KBW Pram-Wending Kontakt: Johann Rothböck 0676-97 03 808



# GEWOHNHEITSRECHT, PRIVATBESITZ ODER COMMON?

## Auf der Suche nach dem Königinnenweg zur Lösung von Landkonflikten

*„Land Grabbing ist ein globales Phänomen, das von lokalen, nationalen und transnationalen Eliten und Investoren sowie Regierungen vorangetrieben wird und die Kontrolle über die weltweit kostbarsten Ressourcen zum Ziel hat ... In Asien, Afrika, den Amerikas und Europa wird Land für industrielle Landwirtschaft, Bergbau, Infrastrukturprojekte, Dämme, Tourismus, Schutzgebiete, Industrie, Stadterweiterung und militärische Zwecke enteignet. ... Marktwirtschaftlich orientierte, falsche Lösungen für den Klimawandel schaffen zusätzliche Wege, lokale Gemeinschaften von ihrem Land und ihren natürlichen Ressourcen zu vertreiben.“*

Dieser Auszug aus der Deklaration gegen Landraub, die von 250 Menschen – Bauern und Bäuerinnen, NGO-Mitarbeiter\*innen und Forscher\*innen – zum Abschluss der ersten Internationalen bäuerlichen Konferenz zum Stopp von Land Grabbing (Nyéléni, Mali, November 2011) veröffentlicht worden ist, thematisiert die Rechte der „lokalen Gemeinschaften“. Diese Rechte werden von Investoren und transnationalen Konzernen mit Füßen getreten. Zahlreiche internationale Institutionen bemühen sich nun um Rezepturen zur Lösung der immer stärker ins öffentliche Bewusstsein geratenen Landkonflikte. Allzu oft sind die Lösungsvorschläge aber ein Teil des Problems.

### Individuelle Besitztitel – Chance oder Gefahr?

Die Weltbank, die in ihrem Bericht über die globale Landnahme<sup>1</sup> zwar „Risiken“ des gestiegenen Interesses an Land zugibt, aber grundsätzlich an „Entwicklungschancen“ aufgrund von Investitionen, Technologietransfer, Produktivitäts-

<sup>1</sup> World Bank, Rising Global Interest in Farmland. Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits? Washington D.C., September 2010. [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org).

zuwachs etc. glaubt, propagiert die Einführung „starker und klarer“ Landrechte für die Betroffenen. Dies sei notwendig, um insbesondere schwächere Bevölkerungsgruppen gegen Risiken wie Vertreibung und Benachteiligung zu schützen. Mit „starken und klaren Landrechten“ sind – wie im Weltbank-Milieu nicht anders zu erwarten – vorwiegend individuelle Eigentumsrechte gemeint. Dieser Ansatz ignoriert, dass förmliche individuelle Eigentumsrechte in vielen Ländern des Globalen Südens nach wie vor kaum verbreitet sind. Viel häufiger beruht die Landwirtschaft auf semiformalen oder informellen Besitz- oder auch Nutzungsrechten. Diese können auf individueller, aber auch gemeinschaftlicher Basis ausgeübt werden (oder als eine Kombination von beidem), sie können vom Staat anerkannt, geduldet oder verleugnet sein, Gewohnheitsrecht darstellen oder aber auch illegal sein. Die Art und Weise, wie der Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen geregelt ist, hat also zahlreiche Ausprägungen – der fehlende oder „geraubte“ Zugang kann also auch nicht mit allgemein geltenden Lösungsansätzen wiederhergestellt werden.

Abgesehen von der Unmöglichkeit, generelle Rezepte für die Vermeidung von Landkonflikten auszustellen, sprechen einige andere Gründe gegen die Vergabe individueller Besitztitel. So kann es geradezu kontraproduktiv sein, individuelle Eigen-

**Landgrabbing vertreibt Menschen vom Land, das sie bewirtschaften, und beraubt sie der natürlichen Ressourcen, die sie zur Bewirtschaftung und zum Überleben brauchen. Das ist ein Skandal, und dass diesem Skandal ein Ende gemacht werden muss, darin sind sich engagierte Menschen einig. Weniger klar ist aber, wie und mit welchen Instrumenten der Zugang von Kleinbäuer\*innen, Viehhirt\*innen, Fischer\*innen, Arbeiter\*innen, Dalits oder indigener Völker zu Land und anderen natürlichen Ressourcen gesichert werden kann.**

VON IRMI SALZER



Foto: Archiv World Vision

tumsrechte an marginalisierte und verletzte Bevölkerungsgruppen zu vergeben. Sobald diese nämlich in ökonomische Schwierigkeiten geraten, wird der Druck immens, das Land oder die Ressourcen, deren Eigentümer\*innen sie nun sind, wieder zu verkaufen. Die brasilianische Land-

losenbewegung MST besteht in ihren Verhandlungen mit der staatlichen Landreformbehörde INCRA deshalb bereits seit Jahrzehnten darauf, keine individuellen Besitztitel an ihre Mitglieder auszustellen. Will eine ehemalige Sem-terra (Landlose) die ihr zur Nutzung übergebene Parzelle wieder verlassen, fällt das Land an die MST zurück. Die MST hat in ihrer Analyse der Situation der Landlosen nämlich erkannt, dass es die kapitalistischen Privateigentumsstrukturen sind, die dazu führen, dass Menschen keinen Zugang zu Land haben oder ihr Land verlassen müssen. Insofern ist es nur konsequent, dass sie in ihren Vorschlägen zur Landreform in Brasilien individuelle Eigentumsrechte ausschließt.

### Gewohnheitsrecht erhalten – um jeden Preis?

Entwicklungspolitisch Interessierten und Menschenrechtsaktivist\*innen erscheint das in vielen Ländern des Globalen Südens vorherrschende Gewohnheitsrecht grundsätzlich als schützenswert. Es gilt als das Recht der „lokalen Gemeinschaften“, und als solches ist es durch Staaten und Privatinvestoren bedroht. Zahlreiche Fallstudien haben bezeugt, dass durch und infolge von Land(ver)käufen riesigen Ausmaßes das Gewohnheitsrecht der lokalen Bevölkerung unterminiert, ignoriert oder für ungültig erklärt wurde. Durch Vermessung, Registrierung und die Anlage offizieller Kataster haben unzählige Menschen den Zugang zu seit Generationen in ihrer Gemeinschaft genutztem Land verloren, sei es, weil sie ihre Rechte nicht ausreichend belegen konnten, sei es, weil sie sich die offizielle Eintragung nicht leisten konnten, oder aber auch, weil sie von korrupten Beamten betrogen wurden. Die Einführung individueller und/oder privater Eigentums- und Besitzordnungen haben aber auch oft unvorhersehbare soziale und kulturelle Konsequenzen. Waren Übertragungen des Landes an andere zuvor von der Zustimmung der Ge-

meinschaft, z. B. des Stammes oder Clans abhängig, können sich potentielle Verkäufer\*innen nun auf ihre neu erworbenen Eigentumstitel berufen und so beträchtliche Konflikte auslösen.

Auch die Teilnehmer\*innen der Konferenz gegen Landgrabbing in Mali verurteilen die Nicht-Beachtung des Gewohnheitsrechts. „Wer den Gemeinschaften Land wegnimmt, verletzt deren Gewohnheitsrechte und ihre historischen Rechte,“ steht in ihrer Erklärung. Doch dabei belassen sie es nicht. Nicht zuletzt auf Drängen der starken Frauenbewegung innerhalb von Organisationen wie La Via Campesina oder auch der Frauenorganisation „World March of Women“ wird den sozialen bäuerlichen Bewegungen immer stärker bewusst, dass der Kampf um ihre (Gewohnheits-)Rechte die alten patriarchalen Herrschaftsmuster nicht fortschreiben darf. Denn, wie es Bettina Engels und Kristina Dietz formulieren: „Geschlechtlich strukturierte Macht und Herrschaftsverhältnisse werden durch die Verteilung und Nutzung von Land produziert und reproduziert, indem bestimmte Tätigkeiten höher bewertet werden als andere und sich diese Bewertungen in die Institutionen und Praktiken der Landnutzung einschreiben.“<sup>2</sup> Obwohl Frauen einen Großteil der Verantwortung für die Produktion der lebensnotwendigen Nahrungsmittel tragen, werden sie nach wie vor am Zugang zu Land, Märkten, Krediten und anderen Ressourcen gehindert. Feministinnen aus dem Globalen Süden weisen schon länger darauf hin, dass das Gewohnheitsrecht vieler Gemeinschaften Frauen und jungen Menschen weder die gleichberechtigte Teilhabe noch die Verfügungsgewalt über die Ressourcen der Gemeinschaft ermöglicht. Das bedeutet aber nicht, dass das Gewohnheitsrecht abgeschafft werden soll oder muss – es liegt in der Aufgabe der lokalen

<sup>2</sup> Bettina Engels, Kristina Dietz: Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens. In PERIPHERIE, Dez. 2011

Gemeinschaften, es zu emanzipatorischem Gemeinschaftsrecht umzubauen. Dies erkennend haben sich die Teilnehmer\*innen der Stop Landgrabbing-Konferenz in Nyéléni dazu verpflichtet, „Land- und Ressourcenrechte von Frauen (zu) sichern indem wir unsere Gemeinden und Bewegungen sensibilisieren, was die Bedeutung von Respekt und Schutz von Landrechten von Frauen betrifft – insbesondere im Gewohnheitsrecht.“

### Commons – alte neue Formen der gemeinschaftlichen Nutzung

Wissenschaftler\*innen, soziale Bewegungen und Aktivist\*innen weltweit sehen in „Commons“ und/oder dem „Community-Ansatz“ die vielversprechendste Art und Weise, den Zugang zu Ressourcen gleichberechtigt und emanzipatorisch zu organisieren. Gemeinschaftliches Eigentum und/oder die gemeinschaftliche Verwaltung des Eigentums, partizipatorische Entscheidungsstrukturen, Gemeinschaftsfonds, etc. sollen garantieren, dass Individuen „ein gutes Leben“ (bem-vivir) führen können und gleichzeitig ihre Verantwortung für die Gemeinschaft und für zukünftige Generationen wahrnehmen. Gerade, was den Zugang zu Land betrifft, haben sich Gemeinschaftliche Nutzungs- und Besitzrechte seit Jahrhunderten bewährt. Bewährt haben sich in den meisten Fällen allerdings auch die patriarchalen Strukturen. Beim Auf- oder Umbau dieser Gemeinschaftsstrukturen wird es daher nach wie vor notwendig sein, dass sich Frauen ihrer Rechte auf Zugang zu Land und anderen Ressourcen bewusst werden, dass sie darin bestärkt werden und sie dafür eintreten.

*Irmi Salzer  
Referentin für Öffentlichkeitsarbeit  
ÖBV-Via Campesina Austria*

Dieser Artikel wurde (leicht verändert) für die Monatszeitung ak – analyse&kritik geschrieben. Wir danken für die Erlaubnis des Nachdrucks.

## LeserInnenbrief



### Liebes Redaktions-Team,

danke für die letzte Ausgabe, die ich wieder mit großem Interesse gelesen und besonders das Titelbild super gefunden hab. Und hier ein Leserbrief, der sich aber nicht unmittelbar auf die letzten Artikel bezieht:

Mit diesem Leserbrief möchte ich zuerst meine Hochachtung vor allen kleinen und mittleren, v. a. Bio-Bäuerinnen und -bauern ausdrücken, die trotz allem ihre Höfe nicht aufgeben und so uns Nicht-Bauern eine gesunde Ernährung mit naturbelassenen, weitgehend unbehandelten Lebensmitteln ermöglichen. (Es ist eh schon traurig und bezeichnend genug, dass mensch heutzutage so eine Unterscheidung machen muss – sollten nicht alle unsere Lebensmittel „natürlich“ sein und nicht giftig, voll Chemie, künstlichen Farben u. ä.?)

Ich schließe auch noch eine tiefe Verbeugung vor den „neuen“ Bäuerinnen und Bauern an, also denen die von der Stadt aufs Land ziehen und zogen, (oft) ihren Beruf aufgeben, einen alten Hof übernehmen bzw. in harter Arbeit wieder instand setzen und beginnen, biologische Landwirtschaft zu betreiben. Gerade hab ich im Abendjournal von Ö1 wieder einen Bericht über Landflucht, diesmal in Slowenien, gehört, wo mehr und mehr Höfe leer stehen und damit eine uralte Kultur, Traditionen und großes Wissen verloren gehen. So und ähnlich schaut es aber in den meisten Ländern aus. Und da tut es gut, von Leuten zu hören und zu lesen, die gegen diesen Strom schwimmen, aufs Land ziehen, alte Höfe wiederbeleben und die Erde bearbeiten.

Ich habe vor kurzem solche Leute kennengelernt und besuchen können: Erika und Nina heißen die zwei Frauen, und sie entschlossen sich vor einigen Jahren, in der Südsteiermark ein altes Gehöft mit Grund zu erwerben und Landwirtschaft zu betreiben. Jahrelang fuhren sie jedes Wochenende hinaus, um Haus, Stall und Nebengebäude wieder bewohnbar zu machen, und seit bald 10 Jahren wohnen und arbeiten sie ganz auf ihrem „Weiberhof“ ([www.weiberhof.at](http://www.weiberhof.at)). Bewundernswert, finde ich!

Sie sind in der Gegend eine der wenigen Bäuerinnen, überall habe ich die aufgelassenen Höfe gesehen, manche wurden zwar schön als Wochenenddomizile ausgebaut, aber die Landwirtschaft wird in den wenigsten Fällen wieder aufgenommen.

Und die Konsequenzen davon könnten für uns alle dramatisch sein: Wovon werden wir uns in Zukunft ernähren? Nur mehr Auszugsmehle, Fabrikszucker, Industrienernährung? Die Zivilisationskrankheiten wie Parodontose schon bei Kindern, Diabetes, Infarkte, Übergewicht, Demenz etc. sind jetzt schon finanziell kaum tragbar, vom menschlichen Leid gar nicht zu reden. Die Natur hat uns allein schon mit dem Getreidekorn etwas geschenkt, das fast alle Vitamine, Enzyme, Mineralien enthält und seit Jahrtausenden unsere Vorfahren, die Völker dieser Erde, genährt hat. Als ich in einer Bäckerei am Land ein Vollkornbrot verlangte, sah mich die Verkäuferin nur verständnislos an. Heute ist Auszugsmehl die Regel, es enthält nichts mehr, ist „totes“ Brot. Freuen tut sich die Pharmaindustrie über den florierenden Absatz von so genannten Nahrungsergänzungsmitteln, die der Körper aber gar nicht aufnehmen und verarbeiten kann.

Die Gehirnwäsche der großen Agrar-, Nahrungsmittel- und Pharmakonzerne scheint auf allen Linien gesiegt zu haben, kein Wunder bei den Ausgaben für die Werbung. Die Leute kaufen fleißig den ganzen Schund, viele sagen, Bio ist ihnen zu teuer und übersehen, dass Vollkorngetreide, frisches Obst und Gemüse länger und nachhaltiger satt machen, ganz zu schweigen von den Medikamenten, die sich mensch, nicht erst im Alter, erspart.

Mir schmeckt jedenfalls mein Frischkornbrei bestens, kostet weniger als 1–2 Semmeln, hält länger vor und mich gesund und frisch. Außerdem bin ich nicht selbstmörderisch veranlagt; sondern liebe mich, das Leben, die Natur und die Erde; und hab nicht die Absicht, oben genannte Konzerne noch mächtiger zu machen, auf dass sie uns alle noch schneller an die Wand fahren.

C. Y. Canal

**kurz & bündig***irmi***UNSER NEUER VORSTAND WURDE GEWÄHLT:**

Christine Pichler-Brix, Steinbach/Attersee, OÖ; Obfrau;

Florian Walter, Pöls, Stmk; Obfrau-Stellvertreter;

Monika Kleinschuster, Neumarkt im Tauchental, Bgld; Kassierin;

Lisa Hofer-Falkinger, Arnreit, OÖ; Schriftführerin;

Ludwig Rumetshofer, Wien und Bad Zell, OÖ; Schriftführerin-Stellvertreter;

**erweiterter Vorstand:**

Michael Kerschbaumer, Radenthein, Ktn;

Irene Schneller, Bludenz, VlbG;

Christoph Astner, Kelchsau, T;

Judith Moser-Hofstadler, Alberndorf, OÖ;

Sepp Wakolbinger, St. Agatha, OÖ.

Wir gratulieren allen zur Neu- bzw. Wiederwahl und freuen uns auf konstruktives und fröhliches Zusammenarbeiten. Den scheidenden Vorstandsmitgliedern Mira Palmisano, Heike Schiebeck, Franz Rauch, Gust Steyrl und Franz Vogt danken wir für ihr zum Teil schon langjähriges intensives Mitarbeiten und ihre wertvollen Beiträge.

**KOKOPELLI AUF DEM WEG ZUM SIEG!**

Die Generalanwältin beim Europäischen Gerichtshof (EuGH), Juliane Kokott, fordert, das Vermarktungsverbot aufzuheben, das gegenwärtig für Saatgut von

Pflanzensorten gilt, die nicht in offizielle Sortenkataloge eingetragen sind. Dies ist das wesentliche Ergebnis ihres Schlussantrages im Fall „Association Kokopelli gegen Graines Baumaux“. Darin heißt es wörtlich: „Das ... Verbot, Saatgut von Sorten zu verkaufen, die nicht nachweislich unterscheidbar, beständig und hinreichend homogen sind ... ist wegen Verletzung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, (...) ungültig.“

Wenn das Gericht diesem Antrag folgt – was üblicherweise geschieht – werden entsprechende Regelungen in der europäischen Saatgutverkehrsgesetzgebung hin-fällig; die EU-Richtlinien für Saatgut und die nationalstaatlichen Umsetzungen dieser Richtlinien müssten in diesem Sinne überarbeitet werden. Dies wäre ein sehr erfreuliches Ergebnis für alle Initiativen und Betriebe, die sich der Erhaltung alter Pflanzensorten, ihrer Weiterentwicklung und der Verbreitung von Saatgut dieser Sorten widmen. Ein Sieg für viele Menschen, die sich der Ausweitung der Vielfalt im Garten und auf dem Acker verschrieben haben!

Kokopelli, das französische Netzwerk zur Saatgut-Erhaltung mit 6.000 Mitgliedern, hatte einen Prozess gegen das Vermarktungsverbot für nicht eingetragene Sorten beim EuGH angestrengt, nachdem es wegen des Vertriebes solcher Sorten zu einer Geldstrafe von 10.000 Euro und Unterlassung verurteilt worden war. Gegen Kokopelli hatten auch der Rat, die Kommission der EU sowie die Regierungen

Frankreichs und Spaniens Partei ergriffen. In ihrem umfangreichen Schlussantrag zeigt die Generalanwältin auf, dass das gegenwärtig noch bestehende Vermarktungsverbot für bäuerliches Saatgut eine völlig überzogene Maßnahme ist, die keinen Bestand haben kann. Folgt das Gericht diesem Antrag, wird die EU-Kommission die entsprechenden Passagen in den verschiedenen EU-Richtlinien zum Saatgutrecht aufheben müssen und die Mitgliedstaaten der EU auffordern müssen, dem zu folgen.

Quellen: Presseerklärung von Kokopelli; Initiative Zukunft säen – Vielfalt ernten

**MONSANTO VERURTEILT**

Und noch mehr Gerichtssplitter aus Frankreich, die Anlass zur Hoffnung geben, dass Konzerninteressen die Macht und die Rechtsprechung noch nicht hundertprozentig vereinnahmt haben: Ein Gericht in Lyon hat Monsanto schuldig gesprochen, einen Landwirt mit dem Pflanzenschutzmittel „Lasso“ vergiftet zu haben. Laut FAZ leidet „der 47-jährige unter neurologischen Problemen, darunter Gedächtnisverlust, Kopfschmerzen und Stottern. Er hatte 2004 das Pestizid eingekauft und wirft Monsanto vor, nicht genügend vor Gefahren gewarnt zu haben ... Monsanto, zugleich eines der weltgrößten Unternehmen für gentechnisch verändertes Saatgut, zeigte sich enttäuscht von dem Urteil und schloss eine Berufung nicht aus.“

Globalize the struggle, globalize hope!

**BÄUERINNEN-BLOCK****Bäuerinnenalltag und was das mit Politik zu tun hat**

Blockieren, demonstrieren, agitieren – das passt doch gar nicht zu Bäuerinnen!

Andererseits: Wer soll sonst unsere Anliegen vertreten, wenn nicht wir?

Aber mit einem Blog?

Wir könnten Treffen und Seminare machen, aber das tun wir bereits. Wir könnten eine Schwerpunktausgabe der Zeit-

schrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ herausgeben, aber das geschieht schon einmal pro Jahr. Wir könnten auch einen Videoclip drehen, aber auch das hatten wir bereits. Also halt was ganz Neues: Wir bloggen auf unserem „Block“ im Internet. Virtuell ist eh viel moderner.

Wir verschaffen uns Gehör, wir erheben unsere Stimmen, wir leisten Widerstand. Wir schreiben über das, was uns bewegt. Über unseren Alltag und die Politik, die ihn beeinflusst. Über das, was wir zu ge-

ben haben und das, was wir für ein selbstbestimmtes und gutes Leben als Bäuerinnen brauchen.

Wir laden alle ein, teilzuhaben! Jeden Monat gibt es einen neuen Text und die Möglichkeit, ihn zu kommentieren. Start ist am 8. März, dem internationalen Frauentag.

Alle Frauen, die sich als Bäuerinnen bezeichnen, können den „Block“ verwenden. Texte und Fotos bitte ans ÖBV-Büro: [bauerliche.zukunft@chello.at](mailto:bauerliche.zukunft@chello.at)

# WEN MACHT DER AGRARFREIHANDEL FREI?

## TEIL 2

**D**ie zentralen Fragen lauten also: Wie können wir die Nahrungsmittelproduktion, -verarbeitung und -vermarktung wieder dazu bringen, das Menschenrecht auf Nahrung zu garantieren, ohne die Natur zu zerstören? Und wie ist gleichzeitig eine demokratische Kontrolle des Ernährungssystems zu realisieren?

### Ernähr' Dich souverän!

Die schnelle Antwort lautet: Mit Ernährungssouveränität. Das ist aber mittlerweile ein Modebegriff und wird sehr verschieden verwendet. Ich beziehe mich hier auf das Konzept von Via Campesina, weil es mir sinnvoll erscheint und weil dahinter der weltweit größte Bauernverband mit etwa 200 Millionen Bauern und Bäuerinnen steht.

„Ernährungssouveränität bezeichnet das Recht der Bevölkerung, eines Landes oder einer Union, die Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik ohne Preis-Dumping gegenüber anderen Ländern selbst zu bestimmen. Das Konzept geht vom Vorrang der regionalen und nationalen Selbstversorgung aus. ProduzentInnen, VerarbeiterInnen und VerbraucherInnen verpflichten sich zu transparenter Deklaration und kostendeckenden Preisen, damit die BäuerInnen nachhaltig produzieren können.“

### Die zwei Seiten der Ernährungssouveränität

- Souveränität strebt die Selbststimmung der Betroffenen an. Souveränität bedeutet, eine möglichst große Unabhängigkeit von anonymen Märkten und multinationalen Konzernen und möchte die Agrar- und Verbraucherpolitik lokal und demokratisch legitimieren.
- Wie die Freiheit des einen durch die Freiheit des anderen begrenzt ist, so ist auch die Ernährungssouveränität zweitens an einen Rahmen gebunden. Dieser Rahmen besteht in der Orientie-

**Ich esse gerne und gerne gut und bin allen Menschen dankbar, die mir das ermöglichen. Ich war selber einmal Bauer und weiß, was es braucht, bis Käse, Brot, Salat oder Fleisch auf dem Teller liegen. Ich bin also unendlich dankbar, nicht nur gegenüber den Bäuerinnen und Bauern, sondern auch gegenüber der Natur, den Böden, der Sonne und den Lebensenergien, die ein Wachsen ermöglichen. – Die Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Agrarfreihandel und Ernährungssouveränität.**

VON THOMAS GRÖBLY

... rung an einer lokalen, bäuerlichen, nachhaltigen Landwirtschaft, welche in Bezug auf die Betriebsmittel möglichst nicht von Organisationen und Märkten abhängig ist, welche man nicht zumindest teilweise selber kontrollieren kann. Es verbietet Preisdumping und Exportsubventionen und garantiert den Bäuerinnen und Landarbeitern einen gerechten, kostendeckenden Lohn.

Das ist keine rückwärtsgewandte Nostalgie, sondern ein notwendiger Schritt für die Zukunftsfähigkeit des Planeten und der Landwirtschaft.

### Was Ernährungssouveränität nicht ist

Ernährungssouveränität ist kein nationalistisches, egoistisches Konzept, sondern beinhaltet internationale Solidarität und unterstützt die Ernährungssouveränität auch in anderen Ländern.

- Ernährungssouveränität meint nicht nationale Selbstversorgung. Ich höre immer wieder, dass Ernährungssouveränität nicht möglich sei, weil die Schweiz sowieso nur ca. zu 50 % sich selber ernähren kann. Zwar ist die Selbstver-

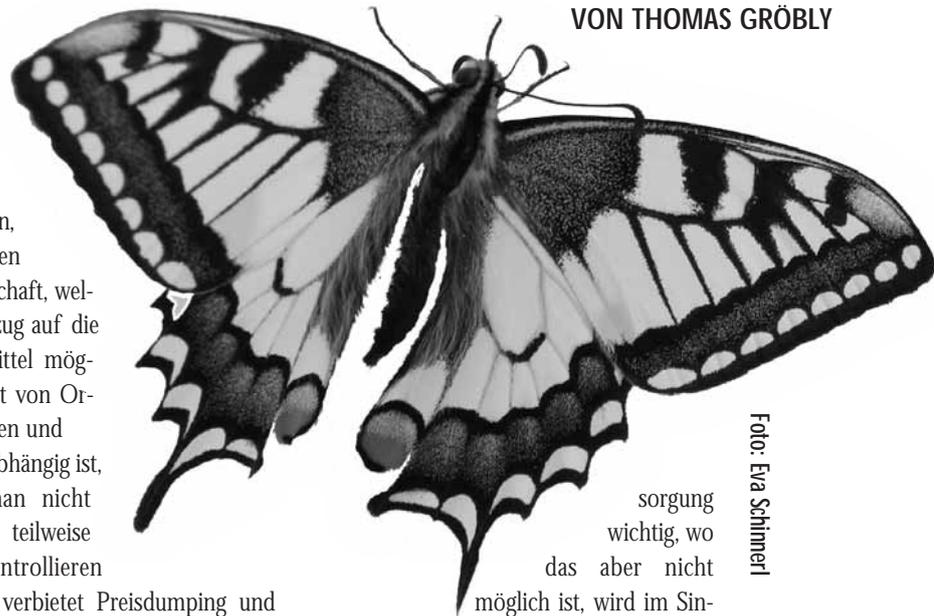


Foto: Eva Schinnerl

sorgung wichtig, wo das aber nicht möglich ist, wird im Sinne der Ernährungssouveränität gehandelt. Zwei Länder, die sich die Ernährungssouveränität auf die Fahne schreiben, werden vertraglich regeln, wie sie Preise bilden, mit Zöllen umgehen und Export und Import regeln werden. Eigentlich könnte das auch die WTO tun, vielleicht sogar besser als einzelne Länder unter sich. Nur müsste die WTO im Sinne der Ernährungssouveränität renoviert und demokratisiert werden. Auch mit dem Konzept der Ernährungssouveränität gibt es noch viel zu tun. Wir müssen Strategien und Regeln für einen fairen internationalen Agrarhandel entwickeln. Einen Ansatz dazu hat in der Schweiz die Nationale Plattform für Ernährungssouveränität erarbeitet.

- Ernährungssouveränität ist kein Patentrezept für alle Probleme. Es braucht zu-



sätzlich noch andere Konzepte und Initiativen.

### Wer kann was konkret tun?

Was heißt das nun konkret? Es geht darum, möglichst souverän zu sein und zu werden. Also möglichst nicht abhängig zu sein von Strukturen und Unternehmen, bei denen wir nicht mitreden können. Wir müssen einen möglichst großen Anteil an der Wertschöpfungskette wieder zurück erlangen. Alles was lokal zu haben ist, soll lokal gehandelt werden. Vieles wird schon gemacht, aber man kann noch sehr viel mehr tun. Ernährungssouveränität bedeutet konkret:

- a) Spekulationen mit Lebensmitteln müssen verboten, Finanztransaktionen besteuert werden.
- b) Politisch müssen wir eine Relokalisierung und Demokratisierung des Ernährungssystems fördern. Landwirtschaftlicher Boden muss geschützt und der Zugang gesichert werden.
- c) Schulen und Universitäten müssen forschen und Alternativen zum Agrarfreihandel entwickeln.
- d) Fortschrittliche Unternehmen engagieren sich im Sinne der Ernährungssouveränität.
- e) Konsumentinnen und Konsumenten als Co-ProduzentInnen müssen sich bewusst sein, dass jeder Einkauf ein Signal ist, welches noch mehr desselben fordert. Sie müssen beginnen, sich für

ein zukunftsfähiges Ernährungssystem zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern einzusetzen und quasi eine Parallelwirtschaft aufbauen.

f) Bäuerinnen und Bauern müssen Wege suchen, wie sie ihre Abhängigkei-

ten von vor- und nachgelagerten Unternehmen verringern können. Sie können kreativ nach Wegen suchen, wie sie einen größeren Anteil an der Wertschöpfungskette kontrollieren können.

Dazu einige Beispiele: Direktverkauf ab Hof, Gemüsekörbe oder -kisten, Wochenmärkte, Alp- und Käsegenossenschaften, Kooperationen mit KonsumentInnen; Genossenschaften für Weiterbearbeitung von Fleisch, Milch, Getreide usw.; Projekte der Vertragslandwirtschaft. Sehr spannend sind neue Wohn-Genossenschaften wie etwa „Mehr als Wohnen“ in Zürich Leutschenbach. Die etwa 400 Wohnungen und 1.200 Menschen, die ab etwa 2014 dort wohnen werden, versorgen sich mit Lebensmitteln direkt aus der Region. Die BäuerInnen werden vertraglich verpflichtet, was nicht nur eine höhere Verbindlichkeit und Vertrauen schafft, sondern auf beiden Seite attraktive Einkommen bzw. Preise erwirkt. Alle diese Ideen sollen ein freies Unternehmertum ermöglichen und fördern. Viele junge Menschen engagieren sich bereits in vielen kleinen Projekten.

### Danken lernen

Ich habe mit Danken begonnen und das war ernst gemeint. Im Dank steckt eine andere Haltung gegenüber den Pflanzen, Tieren, Böden, Wasser, Luft und den Menschen. Es ist eine Haltung des Respekts, und diese verbietet es mir, Lebens-

mittel zu Waren zu degradieren. Ich kann sie nicht mehr zu reinen Instrumenten meiner Interessen machen. Jede Pflanze, jedes Tier und auch jeder Mensch hat eine Würde, ein Recht, in seiner Ganzheit gewürdigt und respektiert zu werden. Diese neue Haltung ist der Paradigmenwechsel, welcher ansteht. Daneben sind alle politischen und ökonomischen Strategien zu einer Veränderung der ungerechten, gewalttätigen und zerstörerischen Strukturen umzusetzen.

Ich war 2011 am Weltsozialforum in Dakar in Senegal dabei. Ernährungssouveränität war ein großes Thema, aber auch Souveränität überhaupt. Ich habe für mich mitgenommen, dass es eine Souveränität in der Ernährung, bei der Energie, in der Bildung, in den Medien, im Finanzsystem, im Internet und auch in der Politik braucht. Diese wird uns nicht geschenkt, sondern diese müssen wir uns nehmen, da wo wir leben. Ernährungssouveränität geht uns alle an, denn wir haben nur einen Planeten Erde und (Zitat Albert Schweizer) „leben inmitten von Leben das leben will“. Die Wertschätzung des Schönen, des Lebens in der Nähe ermöglicht Respekt und Achtsamkeit von Menschen für die Natur auch am anderen Ende der Welt. Wenn ich gerne gut esse, muss ich mithelfen, dass alle Zugang zu gutem Essen haben.

Thomas Gröbly  
 thomas.groebly@ethik-labor.ch  
 www.ethik-labor.ch

Grundlage dieses Textes ist ein Referat mit dem Titel: „Die Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Agrarfreihandel und Ernährungssouveränität“ auf dem Unternehmerforum Lilienberg am Bodensee vom 20. Oktober 2011 im Rahmen des „Unternehmerischen Gesprächs: Die Grenzen des Marktes im Agrarbereich“.

## DAMIT ES WIEDER WEITER GEHT HOFÜBERGABE AUSSERHALB DER FAMILIE TEIL 3

Die Hofübergabe außerhalb der Familie ist gegenwärtig eine Ausnahmereischeinung. Den Familien, die wir im Rahmen der Studie interviewten, die wir in den ersten beiden Teilen dieses Artikels vorgestellt haben, ist gemeinsam: Sie haben oder hatten entweder keine eigenen Kinder, oder der vorgesehene Hoferbe verunglückte und keines der anderen Kinder wollte oder konnte den Hof übernehmen. Der Berater Christian Vieth bestätigt auch für Deutschland: „Auch in Deutschland ist die Hauptmotivation, einen Betrieb außerhalb der Familie weiterzugeben die Kinderlosigkeit des Übergebers und/ oder der Übergeberin. In der Vergangenheit wurde dann in der Regel der Betrieb aufgelöst und das Land verpachtet.“ Als Wege der Kontaktaufnahme nennen die interviewten Bäuerinnen und Bauern in erster Linie lokale soziale Netzwerke und den informellen Informationsaustausch unter Verwandten, unmittelbaren Nachbar/innen, der Freiwilligen Feuerwehr und das Einkaufen auf einem Bauernhof. Darüber hinaus wurden diese sozialen Netzwerke auch genutzt, um informelle Informationen über die interessierten Hofübernehmer/innen einzuholen. Über ein Inserat – in der Kirchenzeitung – hat eine Übernehmerin Kontakt mit den Übergebern aufgenommen. In Deutschland setzt sich eine Arbeitsgruppe Ökologische Agrarwissenschaften an der Universität Kassel-Witzenhausen in Zusammenarbeit mit der Zukunftsstiftung Landwirtschaft schon seit längerem mit dem Thema auseinander. Über das Internetportal [www.hofgruender.de](http://www.hofgruender.de) besteht seit einigen Jahren die Möglichkeit für Abgebende, ihre Höfe zu inserieren, auch Hofsuchende können ein Inserat auf der Internet-Hofbörse veröffentlichen.

### Möglichkeit für die Zukunft

Es kann für alle Beteiligten gut sein, den Hof außerhalb der Familie zu überge-

**Während auf der einen Seite viele Höfe aufgelassen werden, gibt es auf der anderen Seite immer mehr junge Menschen, die einen Hof als Lebens- und Arbeitsplatz suchen. Damit diese beiden Seiten zueinanderfinden können, braucht es neue Konzepte, Respekt vor gewachsenen Strukturen, Mut, neue Wege zu gehen und ganz praktisch: Hofbörsen und erfahrene Beratung.**

VON ANDREA HEISTINGER UND EVELYN KLEIN



Foto: Irmi Salzer

ben. Nicht nur, aber gerade, wenn die Übergeber/innen keine eigenen Kinder haben, scheint dies eine gute Möglichkeit, das Erbe des Hofes auch wieder an eine nächste wirtschaftende Generation weiter zu geben. Diese Möglichkeit für sich zunächst einmal in Erwägung zu ziehen, ist ein erster Schritt in die Richtung, Menschen, die nicht aus der Landwirtschaft stammen oder die keinen Hof erben, ein Leben und Arbeiten in der Landwirtschaft zu ermöglichen. Und sich selbst zu ermöglichen mitzuerleben, dass und wie der Hof weiter bewirtschaftet wird und auf diese Weise belebt bleibt. Unterstützend auf diesem Weg können sein: erfahrene Beratung sowohl der Abgebenden, wie auch der Suchenden beziehungsweise der Überge-

ber/innen und der Übernehmer/innen in sozialen und juristischen Fragen. Eine weitere Möglichkeit ist es, regionale Veranstaltungen zum Thema zu organisieren und dazu auch Menschen, die einen Hof außerhalb der Familie übergeben oder übernommen haben, als Expertinnen einzuladen. Auch in den breit gestreuten Agrarmedien kann das Thema zur Sprache gebracht werden. So haben wir die Ergebnisse der Studie auch in der Zeitung „Der fortschrittliche Landwirt“ veröffentlicht mit dem Angebot, den Endbericht der Studie kostenlos anzufordern. Dieses Angebot wurde von einigen Leser/innen in Anspruch genommen.

Das Thema bleibt ein vielschichtiges und komplexes, da es letztlich um Fragen

des Weitergebens von Eigentum und des Vererbens von Grund und Boden, also um Grundthemen des sozialen Zusammenlebens und der Sicherung gesellschaftlicher Kontinuitäten geht. Erbgewohnheiten sind über lange Zeiträume entstanden und verändern sich über lange Zeiträume. Das bedeutet, dass es hilfreich ist, die Möglichkeit der Weitergabe eines Hofes an Menschen außerhalb der Familie immer wieder einmal zur Sprache zu bringen. Neue Wege der Hofübergaben zu finden, erfordert den bisherigen regionalen Erbgewohnheiten und den innerhalb von Familien wirkenden Beziehungen und Verbindlichkeiten großen Respekt entgegenzubringen und zu verstehen, welche Interessen und Erwartungen alle am Prozess beteiligten Akteure und Akteurinnen mitbringen. Und: Diese Veränderungsprozesse brauchen Zeit – auf einer kollektiven Ebene genauso wie im einzelnen Fall. Eine Hofübergabe außerhalb der Familie gelingt dann, wenn sie als langer Prozess verstanden wird, für den alle Beteiligten – insbesondere auch die Kinder der Hofübergeber/innen – Zeit brauchen. Schließlich sollten auch sie hinter dieser Entscheidung stehen können und sollten nicht das Gefühl haben, „um ihr Erbe gebracht zu werden“. Die Fallbeispiele aus der Studie zeigen deutlich, dass die Weiterbewirtschaftung und das Zusammenleben am Hof dann für alle Beteiligten eine gute Basis hatte, wenn auch die Kinder die Entscheidung der Hofübergabe an jemanden außerhalb der Familie mitgetragen hatten. Zusammenfassend lässt sich also sagen: Damit Menschen, die einen Hof zu übergeben haben und Menschen, die ei-

nen Hof suchen, zueinanderfinden können, braucht es neue Konzepte – wie gut betreute Vermittlungsbörsen im Internet – genauso wie Respekt vor gewachsenen Strukturen – der Hofübergabe innerhalb der Familie – und den Mut, neue Wege zu gehen und ganz praktisch: erfahrene Beratung.

Trotzdem oder vielleicht auch weil diese Prozesse schwierig sind, birgt diese Form der Weitergabe von Grund und Boden und der landwirtschaftlichen Nutzung das Potential, „Neues auf die Welt zu bringen“: sowohl neue Formen der landwirtschaftlichen Produktion als auch der Arbeitsteilung in der Landwirtschaft und der Organisation von Eigentum. Christian Vieth betont, dass die Wirtschaftlichkeit von Höfen ja auch wieder hergestellt werden kann: „Durch neue Leute kommen auch häufig neue Konzepte auf Land und Höfe.“ Die Hofübergabe außerhalb der Familie könnte in Zukunft verstärkt dazu beitragen, ländliche Strukturen und das Leben am Land aufrecht zu erhalten, und Höfe als Lebens- und Arbeitsorte weiterhin – oder auch von Neuem – für viele Menschen attraktiv zu machen.

*Andrea Heisting, Agrarwissenschaftlerin und systemische Beraterin  
Evelyn Klein, Soziologin und Psychotherapeutin*

#### Literatur

Heisting, Andrea/ Klein, Evelyn 2011: „Ich habe mir meine Erben selbst gesucht“. Höfe neu beleben – Möglichkeiten eines Einstiegs in die Landwirtschaft. Studie im Auftrag der ÖBV-Via Campesina Austria, durchgeführt an der Alpen Adria Universität, IFF, Standort Wien. Die Studie kann im Büro der ÖBV als PDF kostenlos angefordert werden.



## Monsantisch GENial

**Hier gilt die Unschuldsvermutung einmal nicht!**

Das Europäische Patentamt in München ist eine zwischenstaatliche Organisation und finanziert sich ausschließlich über die Einkünfte aus Verfahrens- und Jahresgebühren für erteilte Patente. Juristisch gesehen probat. Doch ist die Entwicklung der Moral bei Patentvergaben noch in Ordnung? Erteilte Patente werden immer breiter. Erstmals wurden Patente auf Leben für gentechnisch veränderte Mikroorganismen zugelassen und jetzt sogar schon auf nicht gentechnisch veränderte Lebewesen. Sollten Patente doch ursprünglich Erfinder unterstützen und die Erfindungen nutzbringend der Wirtschaft und Wissenschaft zugänglich gemacht werden, verkommt die Kunst des Erfindens nunmehr zu einer Vermeidung etwaiger Patentverletzungen!

Geht das so weiter, könnte sich Karl-Heinz Grasser seine Frisur patentieren lassen und wäre vor nachahmenden Staatssekretären geschützt. Oder wir Österreicher könnten uns die Bonitäts-Bestnote AAA patentieren lassen, wären von Ratingagenturen unabhängig und hätten unser Finanzproblem endgültig gelöst! Auch ich als Betriebswirt könnte einen Vorteil daraus schlagen. „Baronin“ ist unsere beste Kuh. Nicht etwa wegen ihrer Milchleistung, sondern weil sie immer an die gleiche Stelle geht zum Misten. Und das Beste ist, sie legt sich auch nicht darauf. Nun könnte ich am Genom das zuständige Gen lokalisieren und patentieren lassen! Geht mein Antrag am Patentamt durch, könnte ich, nach monsantischen Vorbild, für jede Kuh die mistet, eine Lizenzgebühr verlangen! Bei zirka zwei Millionen Rindern in Österreich würde da ganz schön was zusammen kommen. Mit dem Geld würde ich mir als monsantischer Betriebswirt immer mehr Rinder kaufen.

Denn – ich hätte dann eine Lizenz zum Scheißen!

*Michael Kerschbaumer ist BergbäuerIn mit einem unpatentierbaren Widerstands-Gen.  
Kontakt: forum@kritische-tierhalter.at*

## ÖBV-Info/Veranstaltungen

### SELBSTBEWUSST BÄUERIN

Zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen Ansprüchen  
Bäuerinnenseminar

Sa, 14. April 2012, 10:00 bis So, 15. April 2012, 15:00

Hotel Hammerhof, 5532 Filzmoos 6  
Tel: 06453-82 45

Was macht eine richtige Bäuerin aus?  
Bin ich eine richtige Bäuerin?

Eine Bäuerin, das ist eine Frau, die frei entscheiden kann, was sie macht und wann sie das macht. Sie arbeitet in der freien Natur und kann leicht Kind/er, Beruf und Haushalt unter einen Hut bringen. So stellen sich das viele vor. Dann gibt es noch die Bäuerin im Hamsterrad, die nicht weiß, wie sie den vielen Anforderungen entsprechen kann, weil alle etwas von ihr erwarten: der Mann, die Schwiegereltern, die Kinder, das restliche Dorf, die Gesellschaft und nicht zuletzt sie selbst.

Referentin Susanne Fischer (Dipl. Sozial- und Lebensberaterin, Mitarbeiterin beim Bäuerlichen Sorgentelefon) wird uns bei diesem Seminar begleiten, wenn wir unser eigenes Bild vom Bäuerinnen-Sein auszugraben versuchen und nachfühlen, wo in der Skala zwischen „freier Bäuerin“ und „Burn-out“ wir uns finden.

Kosten: 30 Euro Teilnahmegebühr

60 Euro Verpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer

Anmeldung: bis 30. März 2012 im ÖBV-Büro unter 01-89 29 400 oder  
baeuerliche.zukunft@chello.at

### „IM KAMPF UM IHRE RECHTE“

Geschichte der Bauern und Bäuerinnen in Österreich

Josef Krammer und Franz Rohmoser  
Buchpräsentation

Di, 24. April 2012, 18:00

Festsaal der Universität für Bodenkultur Wien, Gregor-Mendel-Straße 33, 1180 Wien

Eine Veranstaltung des Promedia Verlags, des Tüwi-Vereins und der ÖBV-Via Campesina Austria

### HUNGER.MACHT.PROFITE.5

#### Filmtage zum Recht auf Nahrung

Nachdem die Filmtage Hunger.Macht.Profite. im Jahr 2011 zugunsten von „Nyeleni Europe – Europäisches Forum für Ernährungssouveränität“ pausiert haben, finden sie im April 2012 zum fünften Mal statt. Geplant ist, mit kommentierten Filmvorführungen in Oberösterreich, Wien, der Steiermark und erstmals in Vorarlberg Station zu machen. Hunger.Macht.Profite.5 zeigt Dokumentarfilme zu den strukturellen Ursachen von Hunger in Zeiten der multiplen Krise. Globale Agrarproduktion, Welternährung, der Zugang zu produktiven Ressourcen und das Recht auf Nahrung werden in verschiedenen Kontexten aufgegriffen. Ein zentraler Bestandteil der Filmtage sind die Filmgespräche, in denen die KinobesucherInnen zu einer vertiefenden Diskussion der Filminhalte eingeladen werden.

FIAN Österreich, AgrarAttac, ÖBV-Via Campesina Austria und normale.at initiieren diese Reihe mit dem Ziel, strukturelle Ursachen von Hunger sichtbar zu machen.

#### Spielorte und Termine:

Di, 10. und Mi, 11. April 2012, Spielboden Dornbirn  
Do, 12. April 2012, TAS Kino Feldkirch  
Fr, 13. und So, 15. April 2012, Lichtspiele Ebensee  
Mo, 16. und Di, 17. April 2012, Moviemonto Linz  
Mo, 23., Di, 24. und Mi, 25. April 2012, Rechbauerkinio Graz  
Do, 26. bis So, 29. April 2012, Topkino, 1040 Wien, Margaretenstraße 2

Infos auch unter  
www.HungerMachtProfite.at

### EXKURSION INS WEINVIERTEL

Fr, 4. – So, 6. Mai 2012  
ÖBV-Via Campesina Austria

Fr, 4. Mai: 9:00 Abfahrt mit Bus von Linz, nachmittags Führung Meierhof in Schloss Hof mit Nutz- u. Kräutergarten und Blumengarten; Gärtnerhof Ochsenherz/Peter Laßnig: Solidarische Landwirtschaft, abends Bioheuriger Hofer, Auersthal mit kurzer Betriebsvorstellung, Abendessen und Weinkost (Bio-Weinbau)

Sa, 5. Mai: vormittags Demeterhof Piatti in Loosdorf, nachmittags Demeterbetrieb Bernold, Stronsdorf (Pinzgauer Vieh), Fahrt über Laa nach Neudorf bei Staats: Biohof Schmidt (Saatgutproduktion, Druschgewürze, Direktvermarktung, Mutterkühe), abends Herrnbauergarten, Nonseum. Abendessen und Kellerführung Galerie s'Presshaus in Herrnbauergarten

So, 6. Mai: vormittags Biohof Grüner Bau/Marion Aigner (Gemüse, Hofladen, Direktvermarktung), Fahrt über Schöngrabern (alte romanische Kirche mit Außenfresken) nach Untermarkersdorf, nachmittags Bioweinbau Himmelbauer in Untermarkersdorf mit Kellergassenführung; Heimfahrt über Eggenburg nach Linz

Kosten:

Bus: 85 Euro/Person

Nächtigung: 46 Euro/Person

Verpflegung: je nach Appetit

Eintritte/Führungen:

ca. 30 Euro/Person



## MIT EINEM KOFFER VOLL KRAUT?

**Menschenbeben, mit diesem Begriff charakterisierte Robert Jungk den weltweiten Aufstand gegen das Unerträgliche – blinder Wachstumsglaube, Irrsinn des nuklearen Energiegewinns, Ungerechtigkeit, Gewalt, Ausbeutung, Armut. Wie verhindern wir die grässlichen Folgen des ungezügelten Kapitalismus?**

VON MONIKA GRUBER



**M**anchmal bezweifle ich die These, die Klimaerwärmung sei durch zu viel privaten Verkehr auf den Straßen und zu wenig Umweltschutz in unserem Alltag verursacht. Noch öfter bezweifle ich, dass PolitikerInnen alles tun, um den Hunger in der Welt drastisch zu verringern. Vielmehr drängt sich mir auf, die Klimaveränderung ist die heiße Luft, die bei den Reden der Damen und Herren in Politik, Agrarwirtschaft und Managementburgen ausgestoßen wird und verpufft. Nein, verpufft ist das falsche Wort, denn es würde bedeuten, wirkungslos zu bleiben. Die heiße Luft stinkt zum Himmel und treibt uns auf Erden den Schweiß aus den Poren und die Zornesadern auf die Stirn.

Wie viele Reden haben wir schon gehört – im Großen wie im Kleinen – vom Abbau der Armut, von einem gerechten Ausgleich zwischen Arm und Reich, von

gesundem Grund und Boden, vom Aufbau lokaler Initiativen zur (Selbst-)Versorgung, ausreichend Nahrung für die hungernden Völker, von der Vereinfachung der Bürokratie, von mehr demokratischen Entscheidungen, dem Einhalten von Klimazielen, vom Ende der Ausbeutung, dem Schutz der Ressourcen, dem Erhalten der Artenvielfalt und vom Bewältigen der Krise(n)?

Eisiger Wind pfeift mir um die Nase. Ich stecke meine Hände in die Manteltaschen. Was bin ich froh, nur ein kurzes Stückchen gehen zu müssen von der Haltestelle der U-Bahn bis zu einer gemütlich warmen Wohnung, wo ich ein paar Stunden arbeiten werde. Als ich am späten Nachmittag zur U-Bahn zurückkehre, sehe ich wieder jene Frau, die schon am Morgen stumm beim Postgebäude hockte. Entsetzt stelle ich fest, sie ist noch immer da, in der gleichen Körperhaltung, an der gleichen

Stelle, am Asphalt knieend. Bei diesem Wetter? Eine Bettlerin, schließt es mir in den Kopf! Sie scheint eine jener Frauen zu sein, die hier abgesetzt werden, um stumm Geld zu erbitten. Sagen dürfen sie ja nichts seit der Verschärfung des Bettelgesetzes. Ich mag kaum hinschauen auf die Frau, ihre demütige Haltung geht mir durch Mark und Bein. Als ich bei einem anderen Wienaufenthalt ein paar Münzen ins Körbchen einer Bettelnden legen wollte, riss mich eine herbei geeilte Wienerin empört zur Seite und schimpfte, ich dürfe ihr kein Geld geben, sonst kämen noch mehr von ihnen.

Aber was kann ich tun angesichts von Armut? Weiterhin wegschauen? Ausweichen wie andere FußgängerInnen? In meinem Rucksack habe ich Gebäck, das ich zuvor im Bioladen kaufte. Ich könnte es ihr geben. Aber, ob sie Knoblauchstangerln aus Vollkorngetreide mag? Ich weiß nicht, ob ihr dieses Essen schmeckt. Ob sie überhaupt etwas annehmen würde? Oder gehe ich mit ihr einkaufen? Ich könnte sie etwas aussuchen lassen. Aber wo? Im nahen Supermarkt, der gleich ein paar Meter weiter an der Straße liegt? Gehe ich mit ihr in den Bioladen? Oder zu einem der Marktstände? – Mit einem elenden Gefühl husche ich an ihr vorbei zur Rolltreppe. Ich fahre zum Bahnhof und heim, wo mich Mann und Hund vergnügt begrüßen und ich mich in ein kuscheliges Bett fallen lassen kann.

Bei meinen nächsten Wien-Aufenthalten könnte ich einen Koffer voll Kraut, Karotten und eingelegten Zucchini mitnehmen. Zum Transportieren müsste ich das mitsamt dem Koffer übergeben. Wäre das konkrete Hilfe? Wochenlang denke ich noch nach über die Frau am Asphalt. Mir geht es in diesen Wintertagen gut daheim am Hof, doch hat sie überhaupt ein Zuhause? Aus welcher Gegend mag sie stammen? Hat sie eine hungernde Familie daheim? Kinder, die mit leeren Augen auf sie

warten? Wird sie geschlagen, wenn sie kaum Geld mitbringt aus der fremden Stadt? Wird sie missbraucht? Zwingt man sie durch Gewaltanwendung zum Betteln? Was für eine Qual ist das, stundenlang an der Hausmauer auszuharren, bei diesem eisigen Wind! Stundenlang darauf zu warten, ein paar Münzen zu erhalten, inmitten von Menschen die mit prallen Einkaufstaschen an ihr vorbeihasten. In einer Gesellschaft, in der Geld mit Leben gleichgesetzt wird, ist sie eine der Ausgeschlossenen. Abgedrängt vom System Kapitalismus, das mit dem Ausbeuten der Einen den Reichtum der Anderen inszeniert. Dazwischen agiert das Marketing: „Die Kunst, den Überfluss in die falschen Kanäle zu leiten“, wie Huhki Henri Quelcun es nennt.

Heute Morgen ist mir als Unterzündpapier eine frühere Ausgabe einer Bankenzzeitung in die Hände gefallen. Sie stammt aus dem Februar 2011, ist also ziemlich genau ein Jahr alt. Auf der ersten Seite begeistert sich der Vorstandsdirektor für die künftige Entwicklung. Von neuen Zeiten und stärkerer internationaler Beteiligung ist die Rede, um die Bankengruppe noch wettbewerbsfähiger und erfolgreicher zu machen, mit der Überschrift: „Jetzt ist die Zeit für große Lösungen“. Spätestens an dieser Stelle sollten wir hellwach sein. – 2012 hören wir nichts mehr von einem großartigen Osteuropa-Geschäft, dafür sehen wir mehr bettelnde Menschen, die keinen ausreichenden Zugang zum Lebensnotwendigen haben.

Offen gesagt, heute fällt es mir schwer, Ihnen ein Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ anzubieten, das Sie ganz leicht bestellen können:

**bauerliche.zukunft@chello.at**  
**Fax 01 – 58 11 327-17**  
**Tel 01 – 89 29 400**

### Aktionstage für Saatgut-Souveränität gegen den Saatgutraub der Konzerne!

Saatgut ist zusammen mit Wasser und Boden die Grundlage unserer Ernährung und unseres Lebens. Für die Vielfalt des Saatgutes in den Händen von BäuerInnen und GärtnerInnen treten in Europa zehntausende Menschen ein. Die derzeitige Überarbeitung der europäischen Saatgutgesetze ist hingegen vom Interesse der Industrie an der Kontrolle des Saatgutes geprägt. Dagegen wehren wir uns! Immer mehr Menschen setzen ein öffentliches Zeichen für freies Saatgut und Ernährungssouveränität.

#### Widerstand säen – Kartoffelvielfalt ernten!

**Am 5. Mai 2012 (bei Schlechtwetter am 12. Mai) ist in Eisenkappel, Kärnten, Erdäpfelaktionstag!**

Erdäpfel sind ein Grundnahrungsmittel, jedoch ist der Kampf um Saatgutrechte nun auch dort angekommen. Erhalten wir uns die Freiheit, ein Stück Vielfalt mit nach Hause zu nehmen!

In einer gemeinsamen Aussaat-Aktion werden wir ca. 30 verschiedene und seltene Erdäpfelsorten setzen, wie etwa die Sorten „Pirat“ und „Weinberger Blaue“. Bringt bitte eure Haus- und Lieblingsorten mit! Anschließend gibt es einen Fachvortrag zum Thema: „Gesunderhaltung des Kartoffelsaatgutes“.

Beim Erntefest im Herbst 2012 werden wir unsere Erdäpfel ausgraben, kochen und die unterschiedlichen Sorten verkosten und vergleichen. Im Anschluss wird die Erdäpfelvielfalt in einer Ausstellung gezeigt. Wer mitarbeitet, erhält im Herbst ein buntes Sortiment Kartoffelsaatgut für den Eigenbau.

Aussaafäche: Štefan Merkač, vulgo Birklnova Uta, Vellach/Bela 4, 9135 Eisenkappel/Železna Kapla

Kontakt: Heike Schiebeck,  
 heike.schiebeck@gmx.at

Mehr zum Thema Saatgut unter  
 www.saatgutkampagne.org

## KONTAKTADRESSEN

### ÖBERÖSTERREICH

Lisa Hofer-Falkinger  
 Eckersberg 1, 4122 Amreit  
 Tel.: 07282/7172  
 lisa\_hannes\_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix  
 Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee  
 Tel.: 07663/660  
 christine.pichler-brix@gmx.at

Annemarie und Albert Pühringer-Rainer  
 Oberberg 2, 4133 Niederkappel  
 Tel.: 07286/7488  
 puehringer-rainer@aon.at

Annemarie und Gust Steyrl  
 Lanzerstorf 1, 4150 Rohrbach  
 Tel.: 07289/4511  
 familie.steyrl@aon.at

Josef Wakolbinger  
 Hundsdorf 2, 4084 St. Agatha  
 Tel.: 07277/8279  
 sepp.wakolbinger@aon.at

### NIEDERÖSTERREICH

Redaktion: Monika Gruber  
 Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein  
 Tel.: 02723/2157  
 monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt  
 Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf  
 Tel.: 02245/5153  
 maria.vogt@tele2.at

### KÄRNTEN

Heike Schiebeck  
 Lobnik 16, 9135 Eisenkappel  
 Tel.: 04238/8705  
 heike.schiebeck@gmx.at

### VORARLBERG

Franz Rauch  
 Torkelweg 10, 6824 Schlins  
 Tel.: 05524/2570  
 franz-rauch@aon.at

### STIEIERMARK

Christiane Degenhardt  
 Erbersdorf Nr. 65, 8322 Studenzen  
 Tel.: 03115/4159  
 christiane@degenhardt.at

### SALZBURG

Heidi Ammerer  
 Nr. 51, 5611 Großarl  
 Tel.: 0664/2396224  
 pfandlinghof@aon.at

### BURGENLAND

Monika Kleinschuster  
 Neumarkt 117, 7461 Stadtschlaining  
 Tel.: 03355/2092 oder 0688/8211722  
 monikakleinschuster@aon.at

Irmi Salzer  
 Untere Bergen 204, 7532 Litzelsdorf  
 Tel.: 0699/11827634  
 irmi.salzer@gmx.at

## KEIN PATENT AUF TIERE!

### **Biopiraterie oder ZüchterInnenrechte?**

**Sa, 3. März 2012, 10:00 – ca. 17:00**

im Europahaus in Klagenfurt, Reitschulgasse 4

Dr. Hermann Schwarzenbacher (Zucht-Data), Dr.in Susanne Gura (Dachverband Kulturpflanzen- Nutztiervielfalt e.V.) und Dr.in Ruth Tippe (Kein Patent auf Leben!) informieren über die Auswirkungen der Genomanalyse auf Zuchtwertschätzung und kleine Nutztierpopulationen, über die Konzentration in der Tierzuchtindustrie, gentechnisch veränderte Tiere und Patentierungen von Nutztieren. Anschließend findet eine öffentliche Podiumsdiskussion mit den ReferentInnen sowie mit Barbara Sorritz (Arche Austria), Rudi Vierbauch (Bio Austria) und Michael Kerschbaumer (Forum kritischer TierhalterInnen) statt:

Moderation: DI Irmi Salzer (ÖBV-Via Campesina Austria)

Kontakt: Michael Kerschbaumer, forum@kritische-tierhalter.at, Tel.: 04246-31052

Florian Walter, aon.913999714@aon.at, Tel.: 03579-8037

## „ICH HABE MIR MEINE ERBEN SELBST GESUCHT.“

**Präsentation einer Studie zur Hofübergabe außerhalb der Familie durch die Verfasserin DI Andrea Heistingner und anschließende Diskussion**

**Di, 13. März 2012, 17:00**

Tüwi-Baracke, Universität für Bodenkultur,  
Peter Jordan-Straße 76, 1190 Wien

Während auf der einen Seite viele Höfe aufgelassen werden, gibt es auf der anderen Seite immer mehr junge Menschen, die einen Hof als Lebens- und Arbeitsplatz suchen. Damit diese bei-

den Seiten zueinanderfinden können, braucht es neue Konzepte, Respekt vor gewachsenen Strukturen, Mut, neue Wege zu gehen und ganz praktisch: Hofbörsen und erfahrene Beratung.

Der ÖBV – Via Campesina Austria ist es seit langem ein Anliegen, auf den Wert der kleinen Höfe hinzuweisen und den Entwicklungen in der Landwirtschaft neue Perspektiven entgegenzusetzen. Daher hat sie eine Studie in Auftrag gegeben, in der Potentiale und Hemmschwellen für eine Weitergabe von Höfen außerhalb der Familie untersucht werden sollten.

## DEN TIEREN NAMEN GEBEN

**Nutztierhaltung aus theologisch-ethischer Perspektive  
Vortrag und Diskussion mit Univ. Prof. Dr. Michael Rosenberger,  
Moraltheologe**

**Mi, 14. März 2012, 20:00**

Pfarrheim Altenfelden

Massentierhaltung und industrielle Schlachtung prägen weite Teile der europäischen Fleischproduktion. – Ist das ein verantwortungsvoller, ja humaner Umgang mit den Tieren? Was sagt die christliche Ethik zur Nutzung von Tieren? Und wer trägt Verantwortung dafür, dass die Tiere gut behandelt werden?

Eintritt: freie Spende

Mitveranstalter: Bio Austria Regionalgruppe Mühlviertel

## DEMO „WIR HABEN ES SATT – EINE NEUE AGRAR- UND ERNÄHRUNGSPOLITIK JETZT!“

**Fr, 30. März 2012, 10:00 -14:00**

Wien: Treffpunkt Landwirtschaftsministerium, über Ring bis Parlament – Abschlusskundgebung/Petitionsübergabe an alle Agrarsprecher

Wir wollen ein lautes Signal setzen, dass wir die derzeitige Agrar- und Ernährungspolitik mehr als satt haben. Wir rufen alle Bauern und Bäuerinnen und KonsumentInnen dazu auf, uns am 30. März zu unterstützen!

InitiatorInnen/Kerngruppe: Grüne Bauern und Bäuerinnen, ÖBV-Via Campesina Austria, UBV NÖ/Wien/Bgld, Attac, IG Milch, Greenpeace, Global 2000, FIAN;

Infos unter 01-89 29 400

oder per e-mail an [bauerliche.zukunft@chello.at](mailto:bauerliche.zukunft@chello.at)

**EINE BESSERE ZUKUNFT - NUR EINEN EINKAUF WERT ENTZERRT.**

**GROSSES TUN MIT EINEM KLEINEN ZEICHEN.**

Bei dem Kauf von Produkten mit dem FAIRTRADE-Symbol geben Sie keine Spende, sondern leisten einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von KleinbauernInnen und ProduzentInnen in Entwicklungsländern. Informationen über alle ethischen Produkte und Biozertifizierte finden Sie auf [www.fairtrade.at](http://www.fairtrade.at)

FAIRTRADE

Fortsetzung Seite 25

## Wege für eine Bäuerliche Zukunft

Schwarzspanierstraße 15/3/1

A-1090 Wien

+43/1/89 29 400

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien

Bei Unzustellbarkeit zurück an:

ÖBV-Via Campesina Austria

Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien

Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M

